

Lesen Sie, worüber andere Zeitungen noch nicht berichten...

Geschäfte mit englischem Atomschrott



Eckert&Ziegler verspricht „sichere Entsorgung“ englischen Atom-Mülls.

Am 17.05.2013 meldete Eckert&Ziegler, man habe von Energy Solutions ab Juni 2013 das Entsorgungsgeschäft für schwach radioaktive Stoffe und Strahlenquellen in Großbritannien übernommen.

Die Geschäftsbeziehung zu Energy Solutions ist sehr brisant, da diese US-Atomfirma sich seinerzeit hochspekulativ in das englische Atomprogramm eingekauft hatte und damit vor dem Problem der Entsorgung alter englischer Kernreaktoren stand.

Eckert&Ziegler meldet weiter, mit der Übernahme der Geschäftsbereiche nahe London wolle man seine Position als international tätiges Unternehmen bei der sicheren Entsorgung und Verwertung von industriellen, wissenschaftlichen und medizinischen Strahlenquellen erheblich stärken. So stärke man auch in Großbritannien seine

Stellung „als erste Adresse für die sichere Entsorgung und fachgerechte Verwertung von Strahlenquellen...“ (Pressemeldung von EZAG 17.5.13)

Braunschweig-Thune als Zieladresse?

Man könne vor allem sofort „Synergien mit dem bestehenden Geschäft des Segments Umweltdienste“ nutzen. Was das heißt? Für das weltweite Entsorgungsgeschäft steht nur der Standort BS-Thune aufgrund der hohen Strahlungsgenehmigungen bereit. Eine politische Altlast: Ende der 90er Jahre hatte die Niedersächsische Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Glogowski aus ungeklärten Gründen so hohe Strahlungs- und Umgangsgenehmigungen unbefristet der Atomfirma erteilt. Mit solchen (Ver)Strahlungsgenehmigungen lässt sich nun viel Geld verdienen, zumal nirgendwo sonst ähnlich sträfli-

cher Leichtsinns nochmals zu erwarten ist; und so stapelt sich immer mehr Atommüll auf dem Firmengelände von Eckert&Ziegler/Buchler inmitten eines Wohngebietes und direkt neben einem großen Schulzentrum.

Wer ist Energy Solutions?

Bereits vor zwei Jahren (14. Juli 2011) weiter auf Seite 2 unten

Eckert & Ziegler übernimmt Entsorgungsgeschäft von Energy Solutions in Großbritannien

Atomausstieg? Braunschweigs Norden soll sogar noch mehr strahlen!

Die Firma Eckert&Ziegler will den Braunschweiger Atomkomplex ausweiten und in diesem Herbst droht ein Bebauungsplan der Stadt, der das zulässt. Dagegen will die Initiative Strahlenschutz Braunschweig jetzt in kürzester Zeit 25.000 Unterschriften und eine Menschenkette am 14. September auf die Beine bringen und setzt dabei auf breite Unterstützung aus der ganzen Stadt und der Region.

Mitmachen ist angesagt.

Gesicht zeigen Seite 6

Anabel Schunke mahnte, Bürgerinnen und Bürger nicht wie Feinde zu behandeln.



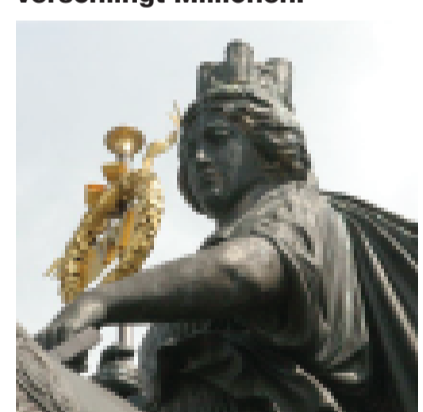
Anlässlich der Mahnwache für den Whistle-Blower Edward Snowden am 25.07.2013

Atomalarm Seite 2



Millionengrab Schloss-Museum auf Seite 4

Monarchistischer Tick verschlingt Millionen.



Wahlsonderseiten KandidatInnen-Befragung



Und täglich schikaniert die Obrigkeit auf Seite 6

Interview mit Jerry B.



Ein Politikwechsel ist möglich

Noch sind 60 Prozent der Wähler unentschieden. Das ist eine Situation, die es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Noch nie waren die Chancen des Einzelnen, mit seiner Stimme etwas zu bewirken, so groß. Nichtwählen wäre daher ein Versäumnis. Um dem Leser die Wahl zu erleichtern, haben wir eine Umfrage gestartet. Am 22. September entscheidet sich, ob das Land sozialer und gerechter wird.

Wohin steuert die Republik? Darf Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem 22. September an der Spitze einer CDU/FDP-Koalition weitermachen wie bisher? Oder ist ein Wechsel zu einer rot-rot-grünen Koalition möglich, wie alle Prognosen bislang vorhergesagen?

Der Sozialabbau, der Abbau demokratischer Rechte, die Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Stillstand in den Bereichen

Energiewende, Kinderfreundlichkeit, Bildung und Arbeitsmarktsteuerung lähmen das Land. SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück hat eine große Koalition ausgeschlossen – und Linken-Chef Gregor Gysi im „n24“-Sommerinterview orakelt: „Nach der Wahl wird es an der SPD-Basis rumoren. Ich werde eine Weinschorle trinken und warten, ob Steinbrück mich anruft.“

Unser-Braunschweig hat allen sechs im Rat vertretenen Parteien, die einen

Direktkandidaten für den Wahlkreis Braunschweig aufstellen, einen Fragenkatalog zugesandt. Bis auf den CDU-Kandidaten haben alle geantwortet. Lesen Sie, was die Braunschweiger Bundestagskandidaten zu den Themen Rekommunalisierung, Atommüll, Kinderbetreuung, Fracking, Militäreinsätze oder soziale Erneuerung des Staates zu sagen haben – und gehen Sie zur Wahl! Bitte beachten Sie unsere Wahlsonderseiten in der Mitte dieser Ausgabe.



Fotos: SPD, gruene.de, Frank Schwarz/DIE LINKE

Hat Veolia Braunschweiger Kundengelder verzockt?

BS-Energy hat sich mit Strom-Spekulationsgeschäften verzockt. Um 70% brach daraufhin das für 2013 erwartete Geschäftsergebnis gegenüber 2012 ein (Vergleich: Stadtwerke Hannover hatte nur einen Rückgang im gleichen Zeitraum um 5% zu verzeichnen). Die BIBS fordert die Offenlegung bzw. Einsicht in den Vertrag von BS-Energy mit dem Energiekonzern E-ON, um die Vorgänge aufzuklären und vor allem die Risiken der Spe-

kulationsbeschäfte für die Stadt Braunschweig und ihre BürgerInnen einschätzen zu können. Die Verwaltung der Stadt blieb die Antwort schuldig, wie es trotz der städtischen Sperrminorität von 25,1% zu nicht beherrschbaren spekulativen Aktivitäten kommen konnte. Der

Vertrag mit E-ON hat noch eine Laufzeit bis Ende 2025! Es stellt sich die Frage, inwieweit der reale Versorgungsauftrag kommunaler Stadtwerke dadurch in Mitleidenschaft gezogen wird. „Es steht zu befürchten, dass die guten Gewinne aus dem realen Braunschwei-

ger Versorgungsgeschäft (Gas, Strom, Wasser, Abwasser, Fernwärme etc.) nun zum Stopfen der Spekulationslöcher herhalten müssen. Dafür benötigen wir aber die genauen Einblicke“, begründet die BIBS-Fraktion die Fragen an die Veolia-Manager und an den Aufsichtsrat. Oberbürgermeister Hoffmann verweigert bislang die Akteneinsicht und will dazu nichts sagen, das sei Geschäftsgeheimnis, so Hoffmann im Rat am 24.6.2013. ros





Aufruf

Wir wollen als Bürgerinitiative dafür sorgen, dass der Umgang mit radioaktiven Materialien zwischen Wohngebiet und Schule ein Ende hat.

Es geht darum, öffentlich zu zeigen, dass ein neuer Bebauungsplan NICHT die Verarbeitung von radioaktivem Material in Wohngebieten und neben Schulen sichern darf, sondern stattdessen Möglichkeiten aufzeigen muss, wie die Stadt für ein Wohngebiet, die Schulen und die Kindergärten mit zukunftsweisenden Festlegungen eine bessere Lebensqualität anstrebt.

Bis zum 16. September wollen wir 25.000 Unterschriften gegen einen falschen Bebauungsplan sammeln und an den Rat der Stadt Braunschweig überreichen, der zu entscheiden hat.

Helft uns! Sammelt mit und für uns Unterschriften. Helft uns bei der Vorbereitung und Durchführung der Menschenkette, wie damals bei der Lichterkette. Verteilt Flyer und Plakate, füllt Luftballons, lasst Euch tolle Dinge einfallen und kontaktiert uns einfach, wenn Ihr Zeit anzubieten habt. Oder auch nur eine kleine Spende. Unabhängig von Spenden listen wir Unterstützer auch gerne auf unserer Unterstützerseite im Internet. Die Hauptsache jedoch:

Kommt am 14. September nach Braunschweig-Thune und setzt mit Eurer Anwesenheit in der durch die Asse II, Schacht Konrad und die Thuner Atom-

firmen geprägten Region ein Zeichen gegen unverantwortbaren Umgang mit radioaktiven Abfällen in Wohngebieten!

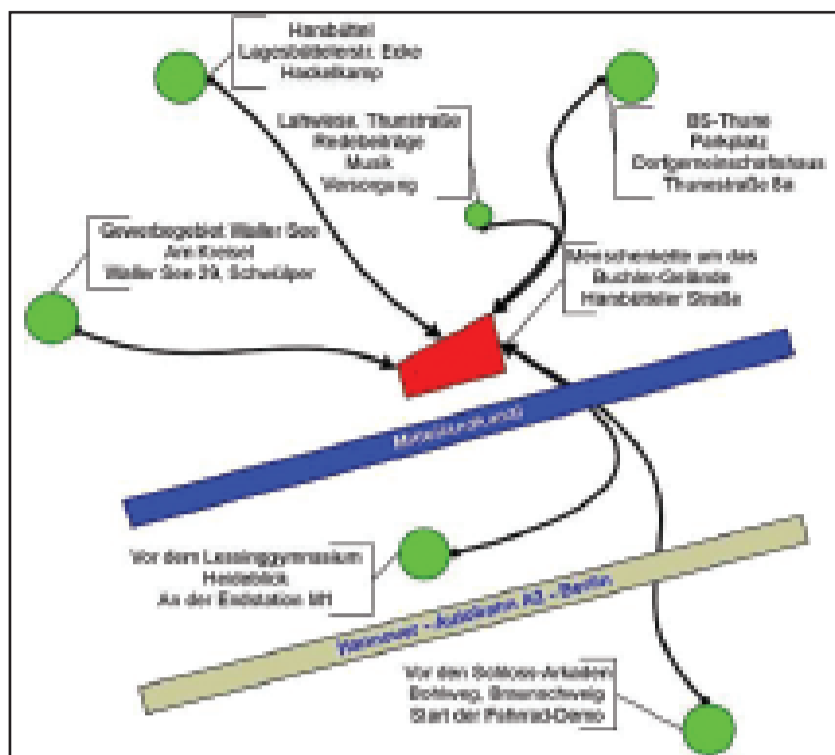
Was wollen wir? Die Firma Eckert&Ziegler möchte in den europaweiten Atomkraftwerckerückbau einsteigen und im Braunschweiger Stadtgebiet die Einlagerung in Schacht Konrad vorbereiten.

Den ersten Schritt hat Eckert&Ziegler mit dem Kauf des Baugeländes und dem Bauantrag für eine neue Halle zur radioaktiven Abfallbehandlung getan, den die BISS verhindern konnte, indem sie die RatsherrInnen überzeugen konnte, eine Veränderungssperre zu beschließen. Den vorerst letzten Schritt hat Eckert&Ziegler mit dem Kauf der Atommüll verarbeitenden Firma „Energie Solution“ in England vor zwei Monaten getan. Und haben damit ihre Absicht zur Expansion in der Atommüllverarbeitung deutlich gemacht.

Für Braunschweig bedeutet die Atommüllverarbeitung im Stadtgebiet, radioaktive Belastungen im Braunschweiger Umland durch Emissionen und Verklappung von freigesessenem „normalen“ Atommüll und ein faktisches Zwischenlager in Braunschweig-Thune, weil der Atommüll aufgrund der anhaltenden Endlagerdiskussion nirgendwo hingebracht werden kann.

Noch gilt die Veränderungssperre, die

Menschenkette



der Rat der Stadt Braunschweig zur Erneuerung des Bebauungsplanes beschlossen hat. Die Veränderungssperre endet im Dezember 2013, wahrscheinlich mit der Vorstellung eines weiteren Bebauungsplanes. Die bisherigen Äußerungen der Stadtverwaltung lassen keinen akzeptablen Bebauungsplan erwarten, sondern nur eine dauerhafte Sicherung der Atommüllgeschäfte in Braunschweig. Und das ist inakzeptabel, da die Firma Eckert&Ziegler den Betriebsteil zur Be- und Verarbeitung

von Atommüll massiv erweitern will. Sie bewirbt europaweit dieses Geschäftsfeld, das z. B. auch die Konditionierung von radioaktiv belasteten Materialien aus stillgelegten Atomkraftwerken beinhaltet. Der Betrieb von Atomanlagen im Stadtgebiet - neben Wohnhäusern, Kindertagesstätte, Jugendzentrum und Schulen, ist unverantwortlich!

Die Firmen sollen sich nicht erweitern und auch nicht auf Dauer in Braunschweig mit radioaktiven Materialien

**Samstag, 14. September
Punkt 16 Uhr**
Kommt zur Menschenkette um das Firmengelände!
info@atomalarm2013.de
Infotelefon: 0151-27169868

Ablauf

14:30 Uhr Start der Fahrrad-Demo vor den Schloss-Arkaden, direkt zum Buchler-Gelände in Thune

15:00 Uhr Treffen und Demozüge von den Sammel-Punkten Thune, Lessinggymnasium, Harxbüttel und Waller See zur Menschenkette

16:00 Uhr - 16:20 Uhr Menschenkette um das Buchler-Gelände an der Harxbütteler Straße. Luftballon-Aktion als weit sichtbares Signal.

16:30 Uhr Treffen an der „Lahwiese“: Musik, Redebeiträge, leibliches Wohl

20:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Kernzeit der Aktion:
16:00 bis 16:20 Uhr. Vorgelagerte Startzeiten und -orte nach eigener Wahl. Da es nur wenige Parkflächen gibt, bitte mit dem Auto nur „Waller See“ und „Harxbüttel“ anfahren.

neben Schulen und Wohngebiet arbeiten.

Schon jetzt werden in unverantwortlicher Weise die Strahlengrenzwerte am Firmenzaun überschritten und Genehmigungen entgegen geltenden Rechts erteilt, weil auf Bundesebene der Braunschweiger Standort zu einer Atommülldrehscheibe auserkoren wurde.

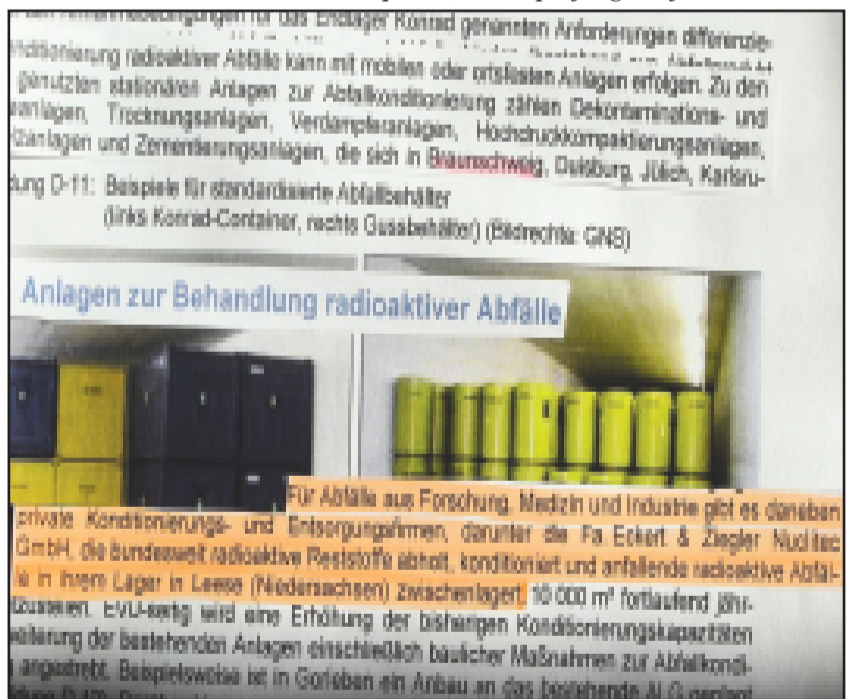
Es ist jetzt die Zeit, öffentlich gegen einen falschen Bebauungsplan zu demonstrieren. *Peter Meyer, BISS*

Bericht des Bundes: Braunschweig soll Atommüldrehscheibe werden

Im offiziellen Bericht der Bundesrepublik Deutschland von Mai 2012 über die Sicherheit der Behandlung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle wird Braunschweig an erster Stelle aufgelistet. Man plane die Erhöhung der Kapazitäten „durch Erweiterung der bestehenden Anlagen“. Unter den genehmigten „standardisierten Ab-

fallbehältern“ erscheint der „Konrad Container“ von Eckert&Ziegler. Die Rechte am Konrad-Container sowie für hoheitlich geregelte Atomtransporte hat sich Eckert&Ziegler längst gesichert. Über das in Planung befindliche Endlager Schacht Konrad wird verfügt, als sei es Privatbesitz und festes Kettenglied der Thuner Atomanlagen. *ros*

Faksimile aus Bericht der Bundesrepublik, 4. Überprüfungskonferenz 05/2012



Fakten zum Buchler-Gelände

Wie sich die Verarbeitung von China-Rinde in eine Atomanlage verwandelt hat.

1967: Fa. Buchler wird mit dem Betrieb Chininproduktion nach Wenden/Thune umgesiedelt, wobei die Genehmigungsbehörde im Bescheid vom 7.12.1967 ankündigt, den industriellen Nutzern seien „zusätzliche Auflagen“ zu erteilen, „wenn sich herausstellt, dass die Nachbarschaft nicht ausreichend geschützt ist.“

1996: die Nieders. Landesregierung genehmigt der Fa. Amersham Buchler die „Bearbeitung, Verarbeitung und sonstige Verwendung von Kernbrennstoffen außerhalb genehmigungspflichtiger Anlagen“ mit hohen Umgangsgenehmigungen für Strahlenemissionen.

1998: Eckert&Ziegler Nuclitec übernimmt den strahlenden Gewereteil auf dem Buchler-Gelände in Thune.

2011: Eckert&Ziegler kooperiert mit der amerikanischen Partnerfirma Energy Solutions/Duratek bei der Atommüll-Verbrennung in Oakridge (Tennessee).

2013: Eckert&Ziegler übernimmt von Energy Solutions das Entsorgungsgeschäft in England zur Behandlung und Beseitigung der aus den 60er Jahren stammenden englischen Atomkraftwerke mit Plutonium/Magnox-Technologie.

Stadt könnte Atomanlagen baurechtlich ausschließen

Eine Koexistenz von Atomindustrie und Wohngebiet darf nicht sein! In den zurückliegenden Monaten tricksten Rathaus und Parteivertreter die Öffentlichkeit mit der falschen Behauptung aus, über das städtische Baurecht sei eine Verhinderung von Atomanlagen inmitten Braunschweiger Wohngebiete nicht möglich, weil nur das Land für radiologische Strahlungen zuständig sei.

Stimmt nicht! Das Land ist zwar für die Quantität, also die Strahlungswerte zuständig; nur die Kommune allein ist aber

nach Baurecht zuständig für die Gefahrenabschätzung und Verträglichkeit der Qualität des Gewerbes mit der Wohnnutzung.

Die BISS bemängelte die durchgesickerten Planungsarbeiten des Rathauses: Mit dem bisherigen Weg der Stadtverwaltung zur Erhaltung des Industrie- und Gewerbestandortes drohe eine Zementierung des Standortes auf Jahrzehnte und eine Erweiterung der Be- und Verarbeitung radioaktiver Materialien selbst im Alt-Bestand der Firmen. Dies sei mit den für die Zukunft des Wohnstandortes

Wenden/Thune/Harxbüttel notwendigen Ausbauten der sozialen Infrastruktur (Grundschule, Gymnasium, KiTa und Jugendzentrum am Heideblick) und des geplanten Wohngebietes Wenden-West in keinsten Weise zu vereinbaren.

Im Falle von Wenden/Thune war bereits im allerersten Bescheid der Bezirksregierung vom 7.12.1967 den industriellen Nutzern der Fa. Buchler bekanntgemacht worden, dass „zusätzliche Auflagen“ vorbehalten seien, „wenn sich herausstellt, dass die Nachbarschaft nicht ausreichend geschützt ist.“ *ros*

Keine Erweiterung der Atomanlage in Braunschweig

Ich fordere einen Bebauungsplan der Stadt Braunschweig, der keine Erweiterung des Firmenkompleses Eckert & Ziegler / GE Healthcare Buchler GmbH in Braunschweig zulässt. Den Rat der Stadt Braunschweig fordere ich auf, zum Schutz von Wohnbebauung und Schulen einen klaren Beschluss gegen jegliche Erweiterung von Atomanlagen und gegen die Verarbeitung von Atommüll im Stadtgebiet zu fassen.

Form with fields for Name, Adresse, and Unterschrift.

Wer ist Energy Solutions

...weiter von Seite 1 wurde auf Braunschweig-online.com veröffentlicht: „Energy Solutions Duratek ist ins Atomenergie-Geschäft eingestiegen mit alten, teils über 40 Jahre alten Atom-Kraftwerken der sog. „Magnox“-Plutonium-Technik, entsorgt u.a. alte Plutonium-Atomkraftwerke in England und ist Vertragspartner der US-Behörden in der nationalen Atommüll-Entsorgung.“

Atomfirmen loben sich als „Teil der Lösung“
Wir erinnern uns? Eckert&Ziegler bereitete vor zwei Jahren unter ähnlichem Namen die Ausweitung dieses

Geschäftsfeldes vor, gründete neue Tochterfirmen für Umweltdienste - so die Fa. Kompetenzzentrum Sichere Entsorgung GmbH (KSE) sowie Eckert&Ziegler Umweltdienste GmbH - und gab eine Pressemitteilung heraus: „Kompetenzzentrum für Sichere Entsorgung GmbH: Sanierung und Rückbau von kerntechnischen Anlagen nicht behindern.“ Gleichzeitig versuchte man mit der Verleihung „Schwarzer Waschbär an BIBS-Ratsherr Peter Rosenbaum“ die Bürgerinitiative politisch zu isolieren



Atomfirmen, ausfallen, in fremden Bismarckparkanlagen und keine BIP-PT (siehe in: Atom-Alarm, das Umweltzentrum Braunschweig, Fankfurtstr. 7, 38118 Braunschweig, 0531-1250683

Mogelpackung und Auslaufmodell

Flughafen ist längst ein Fass ohne Boden

Die Vorgeschichte zum Ausbau des beschaulichen Braunschweiger Flughafens ist schnell erzählt: Die Volkswagen AG wollte einen Ausbau des Braunschweiger Flughafens für ihre Zwecke und der ehemalige Nds. Ministerpräsident Wulff setzte alles daran, diesen Wunsch auch trickreich gegen alle Bedenken durchzusetzen. Die taz titelte allerdings bereits damals zum Flughafenausbau „Für mehr Ödnis am Skoda-check-in“.

Das für einen Flughafenausbau erforderliche, bis dato aber nicht vorhandene öffentliche Interesse steuerte das von öffentlicher Förderung abhängige und damit willfährige Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) bei. Man behauptete einfach, man brauche den Flughafenausbau für den neuen „Fliegenden Simulator“ des DLR auf der Basis eines Airbus A320. Dabei wurde jedoch verschwiegen, dass der Airbus A320 für derartige Zwecke offenbar vollkommen ungeeignet war und es deshalb auch nie zu einem neuen „Fliegenden Simulator“ kam.

Ein Alibi von der TU

Auch die von öffentlichen Mitteln abhängige Technische Universität Braunschweig steuerte ihr Scherflein von ähnlicher Qualität bei. So begründete die TU im Jahre 2001 ihren Beitrag zu einem notwendigen Flughafenausbau mit einem angeblich neuen Anflugverfahren für hoch belastete Verkehrsflughäfen. Auf den Hinweis von Bürgerinitiativen, dass das betreffende Anflugverfahren bereits im gleichen Jahre am Flughafen Frankfurt erfolgreich erprobt worden sei, wurde diese Begründung umgehend fallen gelassen.

Selbst vor einer als Verhöhnung der besorgten Bevölkerung angesehenen Einlassung „man könne ja in 10 Jahren die Landebahn wieder zurück bauen“ schreckte die Technische Universität

Braunschweig nicht zurück. Schlimmer geht es nun wirklich nicht, wenn man an die mit dem Flughafenausbau einhergehende Vernichtung von über 40.000 Bäumen eines Jahrhunderte alten und ehemals hoch geschützten Waldgebiets denkt.

Die Bevölkerung im Norden Braunschweigs wurde durch die mit dem Flughafenausbau verbundene, ersatzlose Sperrung der Grasseler Strasse mit einem bis heute andauernden, beispiellosen Verkehrschaos konfrontiert. Die logische Folge war, dass der Norden Braunschweigs bei der letzten Kommunalwahl maßgeblich daran beteiligt war, die den Flughafenausbau selbst heute noch verherrlichende CDU und FDP in die Wüste zu schicken. Dabei akzeptiert die CDU das entstandene Verkehrschaos und deren Fraktionsvorsitzender Wendroth stellt dazu nur lapidar fest: „Der Verkehr wird sich schon zurecht ruckeln“.

Auch die FDP unterstützt OB Hoffmann und den Flughafen Braunschweig-Wolfsburg. Der Bundestagsabgeordnete Florian Bernsneider wiegelte Klagen über nächtliche Ruhestörung ab: „Darüber hinaus gibt es in der nächtlichen Kernzeit von 00:00 Uhr bis 5:00 Uhr im Jahresdurchschnitt nicht mehr als eine Flugbewegung pro Woche.“

Auf die Frage, „Wie beurteilen Sie Ihre verharmlosend erscheinende Aussage zu 52 Nachtflügen pro Jahr im Hinblick auf die tatsächlich erlaubten



Noch ist der Airport Braunschweig-Wolfsburg ein Refugium für Hobbyflieger. Foto: Ralf Beyer

2.190 nächtlichen Flugbewegungen pro Jahr?“ weiß Bernsneider keine Antwort.

VW-Manager können länger schlafen

Die Erwartungen der Volkswagen AG an den Flughafenausbau wurden offenbar weitgehend erfüllt. So berichtete die Braunschweiger Zeitung zu VW-Vorstandschef Winterkorn: „Manager wie er könnten demnächst vielleicht ein paar Stunden länger schlafen, weil Zwischenlandungen entfallen können.“

Auch sonst scheint Volkswagen am Braunschweiger Flughafen nach Belieben schalten und walten zu können. So errichtete zum Beispiel die Volkswagen Immobilien GmbH für 2 Mio. Euro eine Flugbetriebsfläche (Runway

Extended Safety Area), ohne dabei das hierfür nach dem Baugesetzbuch erforderliche Bauschild mit einer Beschreibung des Bauvorhabens aufzustellen. Offenbar baut man lieber unbemerkt. Auf eine entsprechende Ordnungswidrigkeitenanzeige vom August 2012 teilte die Verwaltung der Stadt Braunschweig nach sechs Monaten mit, dass „die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind“. Inzwischen, nach zwölf Monaten, droht Verjährung und ein Unter-den-Teppich-Kehren. Eine Strafanzeige wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt durch vorsätzliche Verschleppung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens und des Verdachts der Rechtsbeugung im Amt waren die logische Konsequenz.

Die Erwartungen an den Flughafenausbau außer denen von VW haben sich nicht erfüllt: Die Förderung des Flughafenausbau mit 18,3 Mio. Euro öffentlicher Mittel erfolgte nur unter Vorbehalt. Hoffnungen der Bevölkerung, von Braunschweig aus nach Mallorca oder in ähnliche Urlaubsorte fliegen zu können, wurden vom Geschäftsführer der Flughafengesellschaft, Gelfert, wie folgt beschieden: „Wann gibt's denn hier die nächste Linie nach Mallorca? Wann können wir hier Pauschalreisen

machen? Da sagen wir immer: Fahrt nach Hannover, da seid ihr richtig aufgehoben. Nicht hier bei uns.“

Steuerzahler trägt Verluste

Dabei wachsen die Verluste des Braunschweiger Flughafens - von der Flughafengesellschaft verharmlosend „Zuschussbedarf“ genannt - von Jahr zu Jahr. Sie werden nach dem Ausscheiden der Volkswagen AG aus der Flughafengesellschaft vollständig vom Steuerzahler getragen. Dies hat nun auch die Europäische Kommission auf den Plan gerufen, die nach der Rentabilität der mit öffentlichen Mitteln geförderten Flughäfen fragt und die staatliche Unterstützung in den kommenden 10 Jahren auslaufen lassen will. Bis 2023 sollen Flughäfen je nach ihrer Größe verringerte Subventionen erhalten - schon 2014 will die Europäische Kommission die neuen Regeln beschließen.

Vollkommen unklar ist, wie sich die Stadt Braunschweig als Mehrheitsgesellschafter der Flughafengesellschaft auf die neue Situation einstellt und welche Vorsorge sie für den Fall trifft, dass die bisherige Deckung des Zuschussbedarfs für den Braunschweiger Flughafen ein Auslaufmodell werden könnte.

Ralf Beyer



Wussten Sie schon... dass beim Fracking giftige Chemikalien in die Böden gelangen?



Niedersächsischer Erdbebendienst

Seit dem 1. Januar hat Niedersachsen einen Erdbebendienst. In den vergangenen Jahrzehnten kam es immer wieder zu kleineren Beben, die teils aus der Osning-Störung, teils aus der Erdgasförderung resultieren könnten. Laut Pressemitteilung des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) wird die Erdgasförderung als wahrscheinliche Ursache für eine Reihe von Beben eingestuft. So auch für das Beben vom 22. November 2012 bei Völkern und auf vorhergehende seismische Ereignisse in dieser Region in den Jahren 2008, 2010 und 2011.

Unfälle in Niedersachsen Leckage an einer Verpress-Bohrung im Erdölfeld Bockstedt

Das LBEG gab am 15.07.2013 bekannt, dass es zu einer Leckage auf dem von Wintershall-Holding GmbH geführten Bohrplatz Bockstedt bei Diepholz gekommen ist. Diesmal traf es die Bohrung R1. Es handelt sich bei dieser Bohrung um eine Verpressbohrung von Lagerstättenwasser. Durch ein undichtes Verbindungsstück traten etwa 5000 l Lagerstättenwasser auf den Bohrplatz und angrenzenden Acker aus. Die Bohrung wurde außer Betrieb genommen. Die Untersuchungen der Bodenproben vom Acker sowie die Druckmessungen an den Geräten und Rohren dauern noch an. Dies ist nur ein Unfall im Zusammenhang mit Erdöl- und Erdgasförderung aus diesem Jahr. Zahlreiche andere Unfälle sind auf den Seiten des LBEG.niedersachsen.de nachzulesen.

Undichte Gasleitungen in Braunschweig?

Rund 10,5% bzw. 117,7 km der Gasleitungen in Braunschweig sind älter als 40 Jahre. Das hat eine Anfrage der Piratenfraktion ergeben. Die Anfrage entstand vor dem Hintergrund einer Studie in

Bosten, welche viele kleine Methanemissionen im dortigen Gasleitungsnetz festgestellt hatte. Die Verwaltung sieht sich allerdings nicht in der Lage, mögliche Gasverluste zu beziffern, da „im Normalbetrieb grundsätzlich keine Verluste“ auftreten könnten. Methan ist äußerst klimaschädlich, wenn es in die Atmosphäre gelangt.

Tight-Gas-Fracking mit Segen des Umweltministeriums?

Am 28. Juni fand im Niedersächsischen Umweltministerium ein Treffen von Vertretern der Gasindustrie, LBEG, BGR, Ministerien, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen statt. Anlass war eine Präsentation der Gasindustrie, wie man sich in Zukunft die Förderung von sogenanntem Tight Gas mittels Fracking vorstellen könne. Bemerkenswert war die Haltung der Gesprächsmoderatorin, welche immer wieder darauf bestand, dass Tight Gas ein konventionelles Vorkommen und damit unkritisch sei. Sie vertrat damit 1:1 die Argumentationslinie der Industrie, obwohl auch Tight Gas unkonventionell gefördert werden muss und damit die größten Risiken identisch zur Schiefergasförderung sind.

Weiterhin Verpressbohrungen in Niedersachsen

Das Umweltministerium scheint weiter an der Verpressung von Rückständen aus der Erdöl- und Gasindustrie festzuhalten. In einer Antwort auf ein Schreiben eines Mitglieds des Arbeitskreis Fracking verteidigte Ministerialrat Eberle die Praxis als „Stand der Technik“. Außerdem würden die teils giftigen Rückstände in Horizonte verpresst, in denen keine Trinkwasserförderung stattfindet. Die teils katastrophalen Erfahrungen in den USA mit Wiederaufstieg von Giftstoffen scheint man in Deutschland nicht zu erwarten.

Wiederaufnahme der Erdölförderung im Kreis Gifhorn?

RWE Dea hat angekündigt, in Leiferde und Wesendorf die ggf. Erdölförderung wieder aufzunehmen. Man habe Voruntersuchungen aufgenommen. Die endgültige Entscheidung, ob die Förderung gestartet werden soll, werde in einem Jahr fallen. Auch im Kreis Peine soll die Erdölförderung wieder aufgenommen werden. Hier ist das Unternehmen PRD Energy aktiv.

Kein Bock auf fürstlichen Prunk

Das „Schloss“-Museum entwickelt sich zu einem Millionengrab

Der vergoldete Thronessel. Handgewebte Seidentapeten aus Frankreich. Edelster Nippes aus fürstlichem Porzellan. Wie schwelgten die Ewiggest-



Da wiehert der Bronzehengst: Auch den geschenkten Gäulen auf dem „Schloss“-Dach hätte man lieber vor Vertragsabschluss ins Maul schauen sollen.

rigen doch in herzoglicher Verzüklung, als das „Schloss“-Museum im Kaufhaus-Nordflügel nach monatelanger Brachliege endlich sein Vestibül öffnete. Nur leider hat kaum wer Bock auf den herrschaftlichen Prunk. Das historisch unbedeutende Kultur-Alibi neben Saturn, Rewe, New Yorker und Hilfiger Denim entwickelt sich zu einem Millionengrab für Braunschweigs Bürgerinnen und Bürger.

Satte 272.348 Euro butterte die Stadt Braunschweig im Jahr 2012 als Zuschuss in das „Schloss“-Museum, im Jahr zuvor waren es rund 143.000 Euro. Ganze 324 Besucher mochten sich im gesamten Monat November 2012 noch das Kuriositätenkabinett aus barockem Firlefanzen, Biedermeierplüsch und schulkindgerechter „Hightech“-Mediathek auf 329 Quadratmetern anschauen – das sind gerade mal etwas mehr als zehn pro Tag. Was soll man da auch schon groß sehen: Alles Wertvolle aus ehemaligem Welfenbesitz ist längst verschertelt und ziert die Sammlungen betuchter Privatiers oder bedeutende(re) Ausstellungen.

Dabei hatte der Berliner Gutachter Wilfried Rogasch schon 2007 in seinem Konzept für das „Schloss“-Mu-

seum gewarnt: „Das Museum wird langfristig nur dann Erfolg haben, wenn es neben einer Dauerausstellung auch attraktive kleine und mittelgroße Sonderausstellungen zeigt.“

Wie aus einer Anfrage der BIBS im Rat hervorging, musste die Stadt Braunschweig bereits im Jahr 2012 jeden Besucher des „Schloss“-Museums mit 27,54 Euro sponsern. Die Befürworter der Ratsentscheidung im Jahr 2007 hatten noch eine Rentierlichkeit mit einer „schwarzen Null“ prognostiziert und selbstbewusst getönt: „Ziel des Schlossmuseums ist es, dass jeder auswärtige Gast, gleichgültig, wie kurz oder lang er in der Stadt weilt, das Schlossmuseum besucht.“ Träumt schön weiter...

Inzwischen verzichtet die „Stiftung Residenzschloss Braunschweig“ (sie ist Betreiberin) unter ihrem Vorsitzenden Richard Borek sogar auf die bisherige Museumsdirektorin Dr. Helena Horn. Sie schied aus und ihr Job wurde nicht einmal neu besetzt, sondern jetzt von der Geschäftsführerin mitverwaltet. War wohl zu unwichtig und zu teuer.

Ebenso wie auf das Museum blieb der erwartete Run auf die „größte Quadriga Deutschlands“ aus, die das

Kaufschloss ziert. Gerade mal 46,4 Besucher pro Tag erklimmen für zwei Euro Eintritt die Plattform mit der bronzenen Monstrosität. Und da sämtliche Eintritte (das waren 33.878 Euro im Jahr 2012) laut „Schenkungsvertrag“ des Stifters die „Richard Borek Stiftung“ abgreift, deren Namensgeber einst aus edelsten Motiven selbstlos und steuermindernd die vier Zossen am Zügel der Bronze-Brunonia stiftete, sitzt Braunschweig noch immer

auf den 176.785 Euro für den von ihr geleisteten Ausbau des Treppenhauses. Letzteres verhindert wirkungsvoll, dass körperlich eingeschränkte Personen die Quadriga aus der Nähe erleben können. Macht aber nix. Wer die Stadt von oben angucken möchte, dem sei das nebenan liegende Parkdeck des Einkaufs-„Schlosses“ empfohlen.

Ganz kostenlos und bequem per Fahrstuhl erreichbar, auch für Rollstuhlfahrer. Text und Fotos: Klaus Knodt



Beliebter Freiluftplatz: Die Treppe vor dem „Schloss“-Museum. Die angestaubte Ausstellung hinter der Pforte interessiert dagegen kaum einen Besucher.

Herrlich moderne Zeiten oder Alles für die Monarchie

Ursprünglich hieß es ja: „In das Schloss investiert die Stadt keinen Cent!“, so verkündet von OB Hoffmann am 1.9.2006.

Das war gelogen, denn bereits drei Monate vorher (am 4.6.2006) hatte das Rathaus an den Berliner Innenarchitekten Stuhlemmer den Auftrag für den „Schloss-ähnlichen“ Innenausbau für 1,2 Mio. € vergeben. Weitere 2,8 Mio. € für Mietereinbauten zahlte die Stadt an Credit Suisse. Obendrein wurden einige Hunderttausend Euro noch für Thronsaal und Rundzimmer von den öffentlichen Stiftungen eingepflegt.

Die Schlossfassade kostete Braunschweig rd. 17 Mio. €, die Quadriga-Kosten für Statik, Prüfstatik und jährlichen Revisions- und Bewirtschaftungskosten schlugen bereits mit über 100.000 € zu Buche.

Die Herrichtung des Schlossmuseums wird mit rd. 3 Mio. € beziffert; allein die Renovierung des Fürstenthrons sowie des fürstlichen Himmelbettes haben die Stadt rd. 100.000 €

gekostet.

Als Sahnehäubchen obendrauf gab's dann noch zwei Gemälde des Künstlers Prof. Winner mit Schloss-Motiv für das Büro des Oberbürgermeisters. Diese Kosten tauchten nur beiläufig in den Geschäftsberichten der Stadt. Beteiligungsgesellschaft (ehemals Stadtwerke GmbH) auf, Kostenpunkt rd. 20.000 €.

Das Otto-Jahr zum Gedenken an Kaiser Otto kostete die Stadt fast 2 Mio. €. Für die Feierlichkeiten zu 1913 - Hochzeit der Kaisertochter Victoria Luise - sind 1,2 Mio. € an öffentlichen Mitteln (davon 650 Tsd. € aus städtischen Haushaltsmitteln, der Rest von öffentlichen Stiftungen) verplant.

Auf Nachfrage der BIBS-Fraktion wurde auch noch bekannt: jeder Besuch des Schloss-Museums wird aus der Stadtkasse mit 27,54 € bezuschusst.

Fazit: Hoffmanns monarchistischer Tick kommt die Braunschweiger Bürger teuer zu stehen. Peter Rosenbaum

BS-Energy mit überraschender Charme-Offensive



Mit Liegestühlen und blauen Luftballons lud BS-Energy auf dem Kohlmarkt die Leute zum kostenlosen Entspannen ein.

Die BIBS konnte an ihrem Infostand aufklären: BS-Energy hat rd. 55 Mio.€ im Stromhandel verspekuliert. Die

Kunden sollen dafür mit hohen Energiepreisen bezahlen. Schon jetzt ist Fernwärme um rd. 30 % teurer als in Hannover, wie ein Heidberger Kunde in der Ratssitzung vom 24.6.2013 im Rahmen einer Bürgeranfrage vorrechnete (siehe Unser-Braunschweig Nr. 9, Seite 4). Foto: Klaus Knodt

Städtetag: Privatisierungen schädlich!

Braunschweigs OB: „Mir ist die Zustimmung sehr, sehr schwer gefallen“

Der Deutsche Städtetag am 23.4.2013 brachte einige grundsätzliche Neubewertungen der Städte und Gemeinden zur Privatisierungspolitik. Um nur zwei Bereiche der Debatten herauszugreifen:

Wasserversorgung: In der Abschlussbilanz wird zur kommunalen Wasserversorgung festgestellt: „Die kommunale Wasserwirtschaft ist hierzulande Garant für eine hohe Qualität des Trinkwassers, aber auch für bezahlbare Preise und für nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur. Sie muss unabhängig von ihrer Rechtsform in kommunaler Hand bleiben können, wenn Städte und Bürger das wünschen.“ (Pressemitteilung vom 23.4.2013)

Wohnungspolitik: „Die Darstellung, mit Vermögensverkäufen könnten die Städte

problemlos ihre Schulden beseitigen und ihre Finanzprobleme lösen, kann nicht geteilt werden.“ (Positionspapier Wohnraum S. 14).

Der Verkauf von rd. 600.000 kommunalen Wohnungen räche sich jetzt, weil wichtige öffentliche Steuerungsmöglichkeiten in der Wohnraumversorgung aus der Hand gegeben worden seien. Die immer noch gängige Praxis seitens vieler Kommunen, die öffentlichen Wohnungsunternehmen mit einer „Zwangsdividende“ zu belegen, verschärfe dabei noch die Lage auf dem Wohnungsmarkt (so dazu die Aussagen von Herrn Uhde, Münchens Oberbürgermeister im NTV-Rededuell vom 13.8.2013).

Hoffmanns Sinneswandel

Wie die Braunschweiger Delegierten

auf dem Städtetag gestimmt hätten, wollte die BIBS-Fraktion vom Oberbürgermeister wissen.

In der Ratssitzung am 27.08.2013 offenbarte OB Hoffmann einen Sinneswandel zur bisherigen Privatisierungspolitik in Braunschweig:

„Also ich gebe zu: mir ist die Zustimmung zu diesem Papier gerade im Bereich Wohnungsbau sehr, sehr schwer gefallen. Gerade nachdem ich verantwortlich bin, das weiß ich, dass die NiWo-Bau vor einigen Jahren privatisiert worden ist. Ich habe meine Meinung geändert. Das ist bekannt. Ich werde deshalb noch während meiner Amtszeit eine Vorlage einbringen, in der die NiWo-Bau wieder rekommunalisiert wird.“ (Original-Ton Hoffmann im Rat am 27.8.13)

Fakten zur Braunschweiger Wohnungspolitik

Städtische Wohnungsgesellschaft „Nibelungen“ wird seit 2002 zur Ader gelassen

- Zielsetzung laut Gesellschaftsvertrag: (Auszüge aus dem Gesellschaftsvertrag der Nibelungen Wohnbau GmbH): „§3 (1) Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsverversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.“

- Das Stammkapital in der NiWo betrug 15 Mio. DM = 7,6 Mio. €.

- Bis 2002 durften - sowieso nur ausnahmsweise - bis maximal 4% auf das eingezahlte Stammkapital als „Gewinn“ an die Eigentümerin Stadt ausgeschüttet werden. Das waren demnach maximal 300.000 €.

- Das änderte sich mit dem Amtsantritt von Herrn Hoffmann in der Ratssitzung vom 12. Februar 2002.

- Bewerkstelligt mit der unten beschriebenen kleinen - von den Ratsparteien unbemerkten - Änderung des Ge-

sellschaftsvertrages in § 18 wurden jährlich bis zu 5 Mio. € Gewinn von der Stadt entnommen (das bezeichnet Hoffmann als „Portfolio-Management“ mit Gewinn-Renditen von bis zu 60%)

Die Erwirtschaftung der „Zwangsdividenden“ an die Stadtkasse erfolgte z.B. durch:

Der Aderlass der Nibelungen-Wohnbau

- Wohnungsverkäufe: zwischen 2006 und 2008 wurden 1.000 der ursprünglich fast 8.000 Wohnungen an eine Hamburger Immobiliengesellschaft zum Stückpreis von rd. 20.000 € verkauft.

- Weitere 10 Mio. € flossen aus dem Wohnungsgesellschaft an die Stadt, indem die NiWo „eigene Anteile“ von der Stadt kaufen mußte.

- Nach Aufklärung und Protest-Kampagnen durch die Bürgerinitiative „Rettet die NiWo“ wurden die Wohnungsverkäufe seit 2009 im Rat der Stadt

zwar gestoppt, aber der NiWo wird immer noch eine jährliche „Dividende“ von 1,5 Mio. € von der Stadt abverlangt, das macht für die letzten 5 Jahre 7,5 Mio. € zulasten Braunschweiger Wohnungsfürsorge.

- Zur Steuervermeidung auf diese „Gewinne“ zwang man dann der NiWo auch noch eine sog. Abgeltungssteuer von 4,5 Mio. € auf. Dann erwarb die NiWo auch noch zu überhöhten Preisen einige städtische Immobilien.

- Die Geld-Transfusion zugunsten der Stadtkasse summiert sich im zurückliegenden Jahrzehnt auf rd. 45 Mio. €. Das rächt sich nun bitter angesichts des Mangels bezahlbaren Wohnraums.

Peter Rosenbaum

Impressum
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerinitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckhaus Schlaeger GmbH & Co. KG
Woltorfer Straße 116-118, 31224 Peine

Unser-Braunschweig befragte die sechs Bundestagskandidaten der im Braunschweiger Rat vertretenen Parteien zu ihren politischen Einstellungen. Bis auf den CDU-Kandidaten antworteten alle. Hier der Fragenkatalog:

- 1) Wie stehen Sie zur Rekommunalisierung von privatisierten Stadtwerken und Entsorgungsbetrieben?
- 2) Was gedenken Sie zu unternehmen, um die Lagerung und Verarbeitung von Atommüll auf Braunschweiger Stadtgebiet aufzuklären und zu beenden?
- 3) Wie stehen Sie zu der Forderung, den zivilen Friedensdienst als Alternative zum Militär stärker auszubauen und
- Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden?
- 4) Wie wollen Sie die Kommunen finanziell besser ausstatten, um die zukünftig notwendige Kinderbetreuung (auch im Vorschulalter) zu gewährleisten?
- 5) Wie wollen Sie – besonders in Großstädten – bezahlbaren Wohnraum für Familien und einkommensschwache Schichten schaffen?
- 6) Sind Sie für einen gesetzlichen Mindestlohn? Wenn ja, in welcher Höhe?
- 7) Setzen Sie sich dafür ein, dass die Erdgasgewinnung mittels Fracking bundesweit verboten wird?
- 8) Stimmen Sie für eine rot-rot-grüne Regierungskoalition, wenn das Wahlergebnis eine solche Konstellation zur Abwahl einer CDU/FDP-Koalition möglich machen würde?

Andre Patrick Fricke (Die Linke)

1) Die Rekommunalisierung von privatisierten Stadtwerken und Entsorgungsbetrieben ist dringend notwendig, denn die Privatisierungen haben vielfach zu Preissteigerungen und Verschlechterungen bei der Qualität geführt. Gleichzeitig hat die Gesellschaft zunehmend die Kontrolle über lebensnotwendige Teile der Daseinsvorsorge verloren und den einseitigen Profitinteressen großer Konzerne überlassen. Die Rekommunalisierung muss von der Bundesebene finanziell und gesetzgeberisch unterstützt werden.

2) Dass in Braunschweig in unmittelbarer Nähe zu Wohnhäusern und einer Schule mit strahlenden und chemischen Abfällen hantiert wird, ist mindestens wahnwitzig. Auf Bundes- und Landesebene muss dafür gesorgt werden, dass durch Atomrecht und Bestimmungen zum Katastrophenschutz die Verarbeitung solcher Abfälle in einer solchen Lage nicht mehr möglich ist und Betriebe ggf. zum Umzug gezwungen werden. Beim Umgang mit

entsprechenden Stoffen müssen Unternehmen und Verwaltung zu maximaler Transparenz verpflichtet werden.

3) Die Bundeswehr muss wieder auf ihren ursprünglichen Zweck, die Landesverteidigung, zurückgeführt und drastisch verkleinert werden. Die Beteiligung an Kriegen lehne ich ab, zumal diese, wie in den vergangenen Jahrzehnten, fast ausschließlich aus wirtschaftlichen und geostrategischen Beweggründen geführt werden, humanitäre Zwecke sind in der Regel vorgeschoben. Zu einer aktiven Friedenspolitik, wie sie DIE LINKE anstrebt, gehört dann natürlich die Stärkung des zivilen Friedensdienstes, aber auch ein fairer Welthandel ist unabdingbar.

4) DIE LINKE will mit ihrem Steuerkonzept jährliche Mehreinnahmen von 180 Milliarden Euro für die öffentlichen Haushalte erzielen, wovon besonders die Kommunen profitieren sollen. Einkommen bis 6000 Euro im Monat sollen dabei

entlastet werden, höhere Einkommen, Kapitalerträge und große Vermögen dafür endlich angemessen zur solidarischen Finanzierung herangezogen werden. Zudem muss der Steuervollzug dringend personell gestärkt werden, damit die fälligen Steuern auch wirklich bezahlt werden.

5) Zunächst müssen übermäßige Mietpreissteigerungen unterbunden werden. Bei bestehenden Mietverträgen muss die Steigerung strikt begrenzt werden, Steigerungen allein wegen Neuvermietung müssen untersagt werden. Darüber hinaus muss aber auch der Mangel an bezahlbaren Wohnungen an sich beseitigt werden. Öffentliche Träger und Genossenschaften sollen finanziell und rechtlich in die Lage versetzt werden mehr Mietwohnungen (zurück) zu kaufen und zu bauen.

6) Ich setze mich für einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von zunächst zehn Euro pro Stunde ein, der entsprechend der Preisentwicklung regelmä-

Big angepasst wird. Von Arbeit leben und eigene Rentenansprüche erwerben zu können ist schlichtweg eine Frage des gesellschaftlichen Anstandes. Außerdem würden Aufstockerleistungen eingespart, zusätzliche Steuereinnahmen generiert und die Binnennachfrage angekurbelt werden.

7) Ja, denn die Risiken des Frackings sind enorm, ganz im Gegensatz zum gesellschaftlichen Nutzen. Ohne ein klares Verbot laufen wir nach der Kernenergie auf die nächste gefährliche Art der Energiegewinnung zu, die der Gesellschaft durch ökologische Schäden bei der Anwendung und danach teuer zu stehen kommen würde.

8) Eine Koalition aus LINKEN, SPD und GRÜNEN halte ich für äußerst unwahrscheinlich, selbst wenn das Wahlergebnis dies ermöglichen sollte. Unabhängig davon, dass die SPD dies stets kategorisch ausschließt, halte ich es kaum für mög-



lich, unter den gegebenen Verhältnissen eine Koalition aus den drei Parteien zu formen, in der unabdingbare Forderungen der LINKEN – Abschaffung von Hartz IV, sofortiger Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, armutsfeste Renten, Rüstungsexportverbot, Ende von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – eine Chance hätten. Eine Regierungsbeteiligung um jeden Preis lehne ich kategorisch ab, sie wäre nur bei einem wirklichen Politikwechsel sinnvoll. Dafür müssten sich jedoch SPD und GRÜNE bewegen.



Gesche Hand (Bündnis 90/Die Grünen)

für sie interessant ist, wenn sich damit ein guter Preis erzielen lässt. Wir brauchen eine sichere Entsorgungslogistik, die ökologische Aspekte vor allem berücksichtigt und bezahlbar ist.

2) Grundsätzlich gilt: Radioaktiv strahlender Abfall darf auf keinen Fall in so geringer Entfernung zu Wohnbebauung gelagert oder verarbeitet werden, wie es derzeit in Braunschweig der Fall ist. Im Gegenteil muss strahlender Abfall so weit wie möglich von der Bevölkerung entfernt gelagert werden, um jedes Risiko einer gesundheitlichen Beeinträchtigung auszuschließen. Das Land Niedersachsen ist in der Pflicht, Art und Umfang des in Thune gelagerten radioaktiven Abfalls transparent zu machen, und auf dieser Basis gehören dann auch die derzeit sehr weitreichenden Umgangsgenehmigungen für strahlende Stoffe auf den Prüfstand. Der vorhandene Atommüll muss lückenlos deklariert sein und auf dieser Grundlage muss auch eine Umsiedlung des in Thune ansässigen Betriebes „Eckert & Ziegler“ geprüft werden. Eine Genehmigung für den Ausbau der vorhandenen Anlagen darf auf keinen Fall erteilt werden.

3) Friedliche Konfliktlösungsstrategien müssen immer Vorrang haben, vor militärischer Intervention. Deshalb halte ich von der Stärkung Ziviler Friedensdienste

selbstverständlich sehr viel. Es braucht darüber hinaus strenge, an Frieden und der Wahrung von Menschenrechten interessierte, objektiv nachvollziehbare Bedingungen für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir Grüne wollen uns internationaler Verantwortung keineswegs entziehen, sondern künftig Kriterien aufstellen, an denen die Legitimität von Auslandseinsätzen gemessen werden kann.

4) Kommunen brauchen insgesamt eine bessere finanzielle Ausstattung, denn viele Kommunen nagen schon heute finanziell am Hungertuch. Dennoch werden Kommunen noch immer weitere Aufgaben übertragen, die sie selbst zu zahlen haben. Für uns GRÜNE gilt hier der Grundsatz: Neue Aufgaben müssen durch neue Mittel gedeckt werden. Das sog. Konnexitätsprinzip muss auch auf Bundesebene verankert werden. Darüber hinaus sollen die Kommunen bei den Sozialausgaben spürbar entlastet werden. Auf Bundesebene lassen sich hierfür durch die Reform der Einkommenssteuer und daraus folgende moderate Mehrbelastungen für den wohlhabendsten Teil der Bevölkerung neue Einnahmen generieren.

5) Die großen Herausforderungen in der Wohnungspolitik finden sich in die Bereichen soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierter Wohnungsbau und der energeti-

schen Modernisierung von Gebäuden. Die negativen Auswirkung der in vielen Großstädten, so auch in Braunschweig, zunehmenden Gentrifizierung müssen dringend gestoppt werden. Dafür sollen Preissteigerungen bei Wiedervermietungen auf maximal 10% der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt werden. Auch bei der Mietsteigerung durch Modernisierung sollen strenge Regeln gelten. Maklergebühren sollen von dem gezahlt werden, der den Makler/die Maklerin beauftragt. Wir GRÜNE wollen außerdem Kommunen die Möglichkeit geben, Mietobergrenzen einzuführen. Zudem brauchen wir eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus.

6) Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 € pro Stunde ist dringend geboten. In Deutschland arbeiten derzeit über sieben Millionen Menschen für einen Stundenlohn unter 8,50 €, das muss dringend beendet werden! Die sogenannten „Lohnuntergrenzen“ der CDU verfehlen jegliche Wirkung, denn sie sollen branchenspezifisch ausgehandelt werden und nicht für Betriebe gelten, die ihre MitarbeiterInnen nach Tarif bezahlen. Es gibt aber derzeit auch Tarife von unter 8,50 €. Darüber hinaus müssen Minijobs massiv begrenzt werden. Jeder Minijobber und jede Minijobberin soll künftig ab einem Monatseinkommen von 100,- € in die Rentenkasse

einzahlen. So soll verhindert werden, dass Menschen am Ende ihrer Erwerbstätigkeit keine Rentenansprüche aufgebaut haben. Zudem setze ich mich für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum bedingungslosen Grundeinkommen ein.

7) Es ist mir ein großes Anliegen, die fortschreitende Ausbeutung der Erdressourcen auf Kosten der Natur zu beenden. Es ist derzeit völlig unklar, welche Auswirkungen das sog. Fracking beispielsweise auf die regionale Grundwasserqualität haben wird. Es darf keine derart aggressive Technologie eingesetzt werden, ohne die Konsequenzen absehen zu können! Wir sollten uns nicht auf die Ausbeutung der letzten Erdgas- und Erdölvorkommen fokussieren, sondern vielmehr daran arbeiten, unabhängiger hiervon zu werden.

8) Für mich sind politische Inhalte entscheidend, auch und vor allem beim Thema Regierungsoptionen. Aus diesem Grunde sollte man nicht vor der Wahl alle Optionen bis auf die eigene Wunschoption ausschließen, sondern nach der Bundestagswahl prüfen, mit wem sich inhaltliche Übereinstimmungen und Kompromisse finden lassen. Ich streite für starke GRÜNE im nächsten Bundestag und die Ablösung von Schwarz-Gelb durch Rot-Grün, denn in dieser Konstellation sehe ich die größte gemeinsame politische Basis.



Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann (Piraten)

treiber damit billiger macht.

2) Ich trete genau wie meine Partei für größtmögliche Transparenz aller staatlichen Stellen ein, dazu gehören auch Gewerbeaufsichtsamt, Bundesamt für Strahlenschutz und das Baureferat der Stadt. Mit einem Transparenzgesetz wären diese Stellen verpflichtet, alle vorliegenden Informationen auch ohne Anfragen online zu veröffentlichen und eine Aufklärung der meisten Fragen leicht möglich. Zur Beendigung des konkreten Problems müsste richtigerweise ein Bundesprogramm zur städtebaulichen Konfliktbewältigung aufgelegt werden, ähnlich wie momentan zu Sanierungsgebieten. Ansonsten wird sich die Trennung der Industrie- und Wohngebiete noch lange hinziehen.

3) Einsätze der Bundeswehr unter UN-Mandat, um in instabilen Regionen kurzfristig für etwas mehr Sicherheit zu

sorgen, halte ich für richtig. Allerdings kann auch in solchen Fällen das Militär alleine die Probleme noch nicht einmal mittelfristig lösen, und zivile Strategien zur Konfliktbeseitigung (und nicht nur -unterdrückung) müssen zeitgleich angewendet werden. Alle anderen Auslandseinsätze, erst recht solche mit offensichtlich geostrategischem oder wirtschaftlichem Hintergrund, lehne ich ab.

4) Der Bund muss mehr Mittel zur Verfügung stellen. Dazu braucht er allerdings auch selber genug Geld. Problemloses Einsparpotential besteht im Bereich Militär und Geheimdienste. Ähnlich unnützlich wird momentan Geld für Infrastrukturprojekte ausgegeben, auch wenn dort zumindest die grundsätzliche Zielrichtung nicht ganz so verquer ist. Genauso sollten aber auch die Spitzensteuersätze wieder angehoben werden und in Zusammenarbeit mit der EU endlich die Steuerrechts-

lücken für internationale Konzerne geschlossen werden. Steuersparmodelle wie das Dutch-Sandwich müssen abgeschafft werden und Gewinne dort versteuert werden, wo sie real erwirtschaftet wurden.

5) Das Problem, dass Familien mit Kindern nicht immer genug Geld haben, um sich ausreichende Wohnungen leisten zu können, gehört meiner Meinung nach durch stärkere finanzielle Förderung von Kindern gelöst. Unabhängig davon bieten sich durch günstige Grundstücksabgabe an Genossenschaften und öffentliche Wohnbauunternehmen der Kommunen die Möglichkeit dauerhaft auch günstigen Wohnraum anzubieten.

6) Ja, die Piratenpartei fordert einen Mindestlohn in Abhängigkeit des durchschnittlichen Jahresarbeitslohns in Deutschland. Für 2013 hätte unser Vorschlag einen Mindestlohn von knapp über

9 EUR pro Stunde ergeben. Langfristig halten wir aber ein bedingungsloses Grundeinkommen für einen besseren Weg um Arbeitnehmerrechte so weit zu stärken, dass flächendeckend faire Lohnbedingungen ausgehandelt werden können.

7) Die Piratenfraktion hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Braunschweiger Stadtrat einstimmig eine Resolution gegen Fracking auf dem Gebiet der Stadt beschlossen hat. Eine Fracking-Firma hat ihre Aufsuchungserlaubnis inzwischen verfallen lassen. Selbstverständlich werde ich mich auch auf bundesebene genauso engagiert gegen Fracking einsetzen.

8) Eine CDU/FDP-Regierung würde ich nicht unterstützen. Ich kann mir aber neben „Rot-Rot-Grün“ noch viele andere Regierungskonstellationen vorstellen, die mit meiner Stimme eine Mehrheit finden könnten.

1) Versorgungsnetze sollten wie andere öffentliche Infrastruktur auch durch die öffentliche Hand betrieben werden, um Monopolbildung zu verhindern. Dementsprechend trete ich für eine Rekommunalisierung von Stadtwerken ein.

Die Kommunen müssen aber in der Lage sein, die Rückkaufpreise auch zu bezahlen. Geänderte rechtliche Rahmenbedingungen für Netzbetreiber können dazu einiges beitragen, in dem sie die Monopolstellung weniger attraktiv und die Be-

1) Wenn die Verträge mit den Unternehmen auslaufen, muss überprüft werden, ob eine vollständige oder teilweise Rekommunalisierung wirtschaftlich sinnvoll und finanzierbar ist. Wir stehen dem aufgeschlossen gegenüber - immer unter der Voraussetzung, dass es zu keinen zusätzlichen Belastungen für die Braunschweigerinnen und Braunschweiger führt.

2) Die Braunschweiger Firmen GE Healthcare Buchler GmbH & Co. KG und Eckert & Ziegler Strahlen- und Medizintechnik AG sind Spezialisten auf ihrem Gebiet. Bei ihrer Arbeit fallen kleinere Mengen radioaktiver Abfälle an. Sie verfügen über bestandskräftige Genehmigungen gemäß § 7 Strahlenschutzverordnung. Ich verstehe die Bürgerinnen und Bürger in Thüne, die sich Sorgen um ihre Gesundheit und Sicherheit machen. Diese Sorgen nehme ich ernst.

3) Der Zivile Friedensdienst (ZFD) hat sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden. Wir fordern

in unserem Regierungsprogramm, die personellen und finanziellen Ressourcen für zivile Maßnahmen zu verstetigen und mittelfristig auszubauen, um so die nationalen Ziele dauerhaft und mit einer auf Kontinuität ausgerichteten Perspektive umsetzen zu können. Dafür haben wir uns auch schon bisher eingesetzt. So hat die SPD-Bundestagsfraktion beispielsweise einen Antrag zum Bundeshaushalt 2013 gestellt, den Haushaltstitel für den ZFD für 2013 um 10 Millionen Euro auf 39 Millionen zu erhöhen und mit einer Verpflichtungsermächtigung von 25 Millionen Euro für die Folgejahre auszustatten. Unser Antrag wurde leider von Schwarz-Gelb abgelehnt. Alle Einsätze der deutschen Streitkräfte erfolgen nur auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen und werden immer zusammen mit unseren Partnern in der Europäischen Union und/oder der NATO organisiert. Mit ihren verfassungsgemäßen Einsätzen leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Sicherheit und damit zur europäischen und globalen Stabilität. Auch im Falle einer Regierungs-

übernahme werden wir nicht leichtfertig für weitere Auslandseinsätze stimmen.

4) Diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, müssen angemessen finanziell ausgestattet werden. Auch deswegen wird die SPD das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis zu 2 Milliarden Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.

5) Wir werden Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzen. Wird eine Wohnung wiedervermietet, darf die Miete um höchstens 10 Prozent über die ortsübliche Vergleichsmiete angehoben werden. Den Makler zahlt nur, wer ihn auch beauftragt hat. Die Stromsteuer wird um 25 Prozent gesenkt und die Kosten für energetische Sanierung dürfen nur noch zu 9 Prozent auf die Miete umgelegt werden. Die Städtebauförderung wird auf 700 Millionen Euro angehoben. Ein Investitionspakt von

Bund und Ländern wird den klammen Kommunen bei der Umsetzung des Programms helfen.

6) Ja. Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West, der auf Vorschlag einer vom Bundesarbeitsministerium eingesetzten Mindestlohnkommission jährlich angepasst wird. Den Mindestlohn werden wir mit klaren Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung verbinden.

7) Regelungen zum Fracking sind dringend notwendig. Diese werden seit drei Jahren diskutiert. Die Bundesregierung hat es in dieser Zeit nicht geschafft, einen Regelungsrahmen vorzulegen, obwohl Bundesrat und die Oppositionsfraktionen substantielle Vorschläge auf den Tisch gelegt haben. Mit unserer Position zu der unkonventionellen Förderung von Erdgas nehmen wir die Sorgen der Menschen um sauberes Trinkwasser und alle weiteren Eingriffe in die Umwelt ernst. Wir haben



in unser Regierungsprogramm folgende Formulierung aufgenommen: „Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der Fracking-Technologie zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll solange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien zur Verfügung stehen.“

8) Nein. Unser Ziel ist ein Richtungswechsel mit einer rot-grünen Regierung.

Carola Reimann (SPD)

Florian Bernschneider (FDP)

der Diskussion für notwendig. Alle Beteiligten, auch die politischen Akteure, müssen die Ängste der Bürger ernst nehmen und der Versuchung widerstehen, mit dieser Angst Politik machen zu wollen. Fest steht, dass im Mittelpunkt der gesetzlichen Rahmenbedingungen die Sicherheit von Mensch und Umwelt steht und stehen muss. Nur muss innerhalb so eines Rahmens auch die Verarbeitung und Entsorgung möglich sein. Wir alle sind dankbar, wenn z.B. mit dem medizinischen Einsatz von Strahlenquellen Leben gerettet werden können - also tragen wir auch die Verantwortung, dass deren Herstellung und Entsorgung möglich ist. Ob dieser Rahmen eingehalten wird, ist keine Entscheidung des Bundestages.

3) Der zivile Friedensdienst gilt zu Recht als Erfolgsmodell beim Engagement der Zivilgesellschaft zur Bewältigung von Krisen und Konflikten. Deswegen haben wir auch eine Evaluierung auf den Weg gebracht, deren Ergebnisse zusammen mit der Zivilgesellschaft im Jahr 2011 vorgestellt wurden und zu einer weiteren Stärkung dieses Formats führen wird. Anders als bisher erfolgt die Steuerung der Dienste dabei nicht mehr aus dem Entwicklungshilfeministerium selbst, sondern durch die von Bundesminister Niebel eta-

blierte Servicestelle Engagement Global. Als zuständigem Fachpolitiker liegt mir insgesamt viel an der Stärkung zivilgesellschaftlicher Freiwilligendienste im Ausland. Deswegen haben wir auch den IJFD (Internationalen Jugendfreiwilligendienst) geschaffen. Für mich geht es dabei nicht um ein "Für zivile Friedensdienste gegen die Bundeswehr", sondern um ein Miteinander. Für uns Liberale haben diplomatische Mittel immer Vorrang. Wir haben den Abzug aus Afghanistan eingeleitet und unsere Truppenstärke im Ausland deutlich zurückgefahren. Deswegen stehe ich für militärische Zurückhaltung, für zivile Friedensarbeit, aber auch gegen eine ideologisch motivierte Pauschalkritik an der Bundeswehr.

4) Die Kommunen benötigen eine verlässliche finanzielle Ausstattung, um ihre vielfältigen Aufgaben erfüllen zu können. Deshalb setzen wir uns für eine konsequente Gemeindefinanzreform ein. Statt der konjunkturabhängigen Gewerbesteuer soll den Kommunen ein Anteil am Umsatzsteueraufkommen sowie ein eigenes Hebesatzrecht auf die Körperschafts- und Einkommenssteuer zustehen. Daneben haben wir als schwarz-gelbe Bundesregierung mit der Übernahme der Grundsicherung im Alter oder den Mitteln zum

Ausbau und dem dauerhaften Betrieb von Kinderbetreuungsinfrastruktur eines der größten finanziellen Entlastungsprogramme für die Kommunen der letzten Jahrzehnte auf den Weg gemacht. Am Ende des Tages ist aber auch eine solide Finanzpolitik vor Ort unerlässlich.

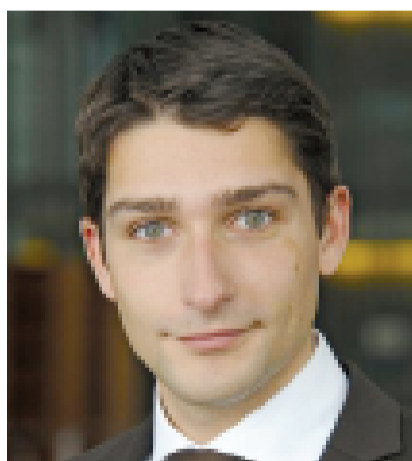
5) Hohe Mietpreise und fehlender Wohnraum entstehen vor allem dort, wo zu wenig Wohnungen der Nachfrage gegenüberstehen. Das beste Mittel gegen Wohnungsmangel ist also der Bau von Wohnraum. Mietpreispbremsen wie sie SPD, Grüne und Linke, aber auch die Union planen oder die von Rot-Grün beschlossenen Grundsteuererhöhungen machen Investitionen in neue Wohnungen unattraktiv. Das Verbot von Wohnungsanierungen, wie in Berlin beschlossen, oder kaum finanzierbare Energieeffizienzvorschriften verstärken diesen fatalen Trend. In Braunschweig versäumt es die Verwaltung beispielsweise seit längerem, ein kluges Baulückenmanagement zu etablieren. Wir Liberale wollen Anreize wie die degressive Abschreibung ermöglichen und damit tatsächlich für neuen Wohnraum sorgen.

6) Ich bin für eine gerechte Bezahlung von Arbeit und gegen einen flächendeck-

kenden, branchenspezifischen und von Politikern verhandelten Mindestlohn. Es macht eben einen Unterschied, ob man in München oder Stendal seinen Lebensunterhalt beschreiben muss. Es macht auch Sinn, die Tarifbedingungen von Pflegehilfskräften anders zu regeln als von Gebäudereinigern, weil ihre Arbeitswelten ganz andere sind. Diese Unterschiede können Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter vor Ort wesentlich besser berücksichtigen als Politiker im fernen Berlin. Deswegen stehen wir auch künftig für die Tarifautonomie.

7) Auch hier stehe ich für eine Versachlichung der Diskussion. Es ist schon heute absehbar, dass in einigen Gebieten Fracking ohne den Einsatz toxischer Substanzen möglich sein wird. Diesen Chancen sollte man sich nicht grundsätzlich berauben, aber gleichermaßen nicht die Augen vor möglichen Umweltrisiken verschließen. Ich bin der Überzeugung, dass sich ein rechtlicher Rahmen definieren lässt, der Umweltschutz und Energiegewinnung nicht gegeneinander ausspielt, sondern beides ermöglicht.

8) Nein, ich werde alles dafür tun, dass eine solche Koalition niemals in Deutschland Verantwortung trägt



1) Ich sehe keinen Grund, eine generelle Rekommunalisierung einzufordern. Viele Beispiele aus der Praxis beweisen längst, dass Privatisierungen öffentlicher Betriebe im Interesse von Endkunden wie Gemeinden erfolgen können und innovativere und bessere Ergebnisse erzielen als staatlich betriebene Strukturen. So steht in Braunschweig eine der modernsten LVP-Sortieranlagen Europas und die A1 zwischen Hamburg und Bremen konnte privat nicht wie geplant nach 8 Jahren, sondern bereits nach 3 Jahren fertig gestellt werden. Ohne Zweifel ist dazu eine ordentliche Vertragsgestaltung notwendig, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Ob und wie eine Privatisierung erfolgt, muss mit Sachverstand vor Ort entschieden werden.

2) Ich halte vor allem eine Versachlichung

Ehrung Minna Faßhauer

Menschen machen Geschichte

Erste Ministerin Deutschlands kommt aus Braunschweig: Minna Faßhauer.

Seit Jahren ist zu beobachten, dass die Gedenkstättenarbeit in Braunschweig, sofern es sich thematisch um die Erinnerungs- und Gedenkarbeit der antifaschistischen sowie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung handelt, „ruht“. In diese Vernachlässigung während der Amtszeit von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann ist auch einzuordnen, wie die Verwaltung mit Initiativen umgeht, die sich der Aufarbeitung von demokratischen und fortschrittlichen Strukturen und Persönlichkeiten in Braunschweig widmen. Ein Beispiel:

Im Zuge der Novemberrevolution 1918, die als Zeitenwende gesehen werden muss, weil sie die endgültige Ablösung der Monarchie zugunsten der Republik bedeutete, wurde in Braunschweig erstmalig eine Frau in ein Ministeramt gewählt: Minna Faßhauer wurde wegen ihrer Verdienste um die Interessen der Arbeiterschaft vom Arbeiter- und Soldatenrat zur Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt gewählt. Sie hat die Gesetze zur Aufhebung der Geschlechtertrennung sowie die Beseitigung der kirchlichen Oberaufsicht an den Schulen, die bis heute Wirkung entfalten, erlassen.

Als reaktionäre Kräfte wie Kapp/Lüttwitz/Ludendorff 1920 die Errungenschaften der Novemberrevolution beseitigen wollten, verteidigte Minna Faßhauer mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung die junge Republik durch einen historisch einmaligen Generalstreik. Sie wurde deshalb nicht nur diskriminiert, sondern man versuchte auch, sie zu kriminalisieren.

Wie viele Novemberrevolutionäre wurde sie verhaftet und ohne stichhaltige Beweise verurteilt. Im Faschismus wurde sie ins KZ Moringen verschleppt.

Minna Faßhauer geriet aus der öffentlichen Wahrnehmung.

Die Würdigung

Die Stimmen mehrten sich, Minna Faßhauer der Vergessenheit zu entreißen und ins öffentliche Bewußtsein zu heben. Die LINKE stellte dazu im Dezember 2011 den Antrag, dass der Rat der Stadt prüfen und beschließen möge, Minna Faßhauer angemessen zu ehren. Nachdem der Antrag zunächst „verschwunden“ war, lag er mithilfe der LINKEN im März 2012 dann dem Kulturausschuss vor. Die Ratsfraktion der CDU hatte Änderungsvorschläge, und er wurde in geänderter Form beschlossen. Prof. Dr. h.c. Biegel wurde beauftragt, die Vorarbeiten für eine Ehrung zu leisten, die Biografie Minna Faßhauers dafür aufzuarbeiten und dem Ausschuss darüber zu berichten.

Bevor Dr. Biegel die Arbeit aufgenommen hatte, tat OB Hoffmann seine Meinung zum Thema kund. In einer Mitteilung an alle Fraktionen formuliert er u.a.: „Eine genaue Beschäftigung mit Leben und Wirken von Minna Faßhauer ergibt, dass von einer gewissermaßen unstrittigen Vorbildhaftigkeit oder Beispielhaftigkeit in Bezug auf ihr politisches Wirken nicht gesprochen werden kann.“

Demokratie geht anders!

Sein Vorwurf bezieht sich auf Minna Faßhauers Mitgliedschaft in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts in der KAPD. Der Verdacht drängt sich auf, dass hier versucht wurde, massiv Einfluß zu nehmen. Und in der Tat finden

sich solche und ähnliche Formulierungen in der Dokumentation von Dr. Biegel, von der er aber sagt, sie solle keine Bewertungen abgeben.

Beschämend fällt das Fazit aus. Da heißt es u.a. Minna Faßhauer sei nie abgerückt vom: „... Räteystem und Marxismus, in jenem inhaltlichen Sinne, wie er 1956, als nicht mit einem demokratischen Verfassungsstaat vereinbar, durch das höchste Gericht in Deutschland erklärt wurde.“

Gemeint ist das KPD-Verbotsurteil, das am 17. August 1956 ausgespro-

In der Folgezeit setzte eine rigorose Verfolgung von Mitgliedern der Partei und anderer oppositioneller linker Kräfte – Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Liberale, Christen und Parteilose – ein, die wegen ihres Engagements und ihrer politischen Überzeugung kriminalisiert wurden. Die Verunglimpfung Minna Faßhauers dauert über ihren Tod hinaus fort. Es ist überfällig, die Diffamierung einer verdienten Persönlichkeit endlich zu beenden und die Ministerin Minna Faßhauer als Teil der Geschichte



chen worden ist. Zwei Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, in deren Erstem Bundestag auch Abgeordnete der KPD vertreten waren, hielt die Adenauer-Regierung die Zeit bereits wieder für gekommen, die angebliche Verfassungswidrigkeit der KPD feststellen zu lassen, der Partei, die im Widerstand gegen den Faschismus die größten Opfer gebracht hatte. Es ging den herrschenden Kreisen darum, gegen den Willen des Volkes die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen und mit dem Verbot der KPD den öffentlichen Widerstand gegen die Rüstungspolitik zu brechen.

Braunschweigs anzuerkennen.

Dem trägt der in der Kulturausschusssitzung am 9. August 2013 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und BIBS in leicht veränderter Form gefasste Beschluß, Minna Faßhauer angemessen zu würdigen (statt zu ehren), nun Rechnung. In der Diskussion, die zum Beschluß führte, wurde die Gradlinigkeit der Kommunistin Minna Faßhauer hervorgehoben und ihrem Wirken als Gewerkschafterin, für die Frauen, als Ministerin hohe Achtung ausgesprochen.

VVN ehrt Ministerin

Ein Gedenkstein für Minna Faßhauer

2010 wurde die Grabstelle von Minna Faßhauer wieder gefunden und von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), Kreisvereinigung Braunschweig gekauft mit dem Ziel, dort für sie einen Gedenkstein zu setzen. Zur Schaffung konnte der Künstler Tobias Vergin gewonnen werden, der mit finanzieller Hilfe aus dem Minna Faßhauer-Fonds der ehemaligen Fraktion der LINKEN im niedersächsischen Landtag einen Stein schuf.

Vertreter der VVN/BdA Braunschweig nahmen Gespräche mit der Friedhofsverwaltung auf, die nach einigen Korrekturwünschen an den Tafeln zur Biografie Minna Faßhauers mit dem gesamten Kunstwerk einverstanden war und mündlich eine Zusage erteilte. Die schriftliche Benachrichtigung mit Termin zur Steinsetzung ließ dann auf sich warten.

Wochen später hieß es auf Nachfrage, wegen des „Alleinstellungsmerkmals“ des Steines sei das Grünflächenamt zuständig. Nun Anfang August 2013 war zu erfahren, dass in dem Amt der Gedenkstein nicht als eigenständiges Vorhaben gesehen, sondern davon abhängig gemacht werden soll, wie der Rat der Stadt über den Antrag der LINKEN entscheidet, der ja eine angemessene Würdigung Minna Faßhauers anstrebt.

Die Verlagerung der Zuständigkeit von der Friedhofsverwaltung auf das Grünflächenamt hat aus einem einfachen, ganz normalen Verwaltungsakt ein Politikum gemacht. Der Verdacht drängt sich auf, dass die offensichtlichen Hürden, die einer Steinsetzung jetzt im Wege stehen, Dr. Hoffmanns Weisungsrecht zu danken sind. Ein Beispiel von Geringschätzung der Braunschweiger Arbeiterbewegung zu Beginn des letzten Jahrhunderts und der Persönlichkeiten, die aus ihr hervorgegangen sind. Heide Janicki

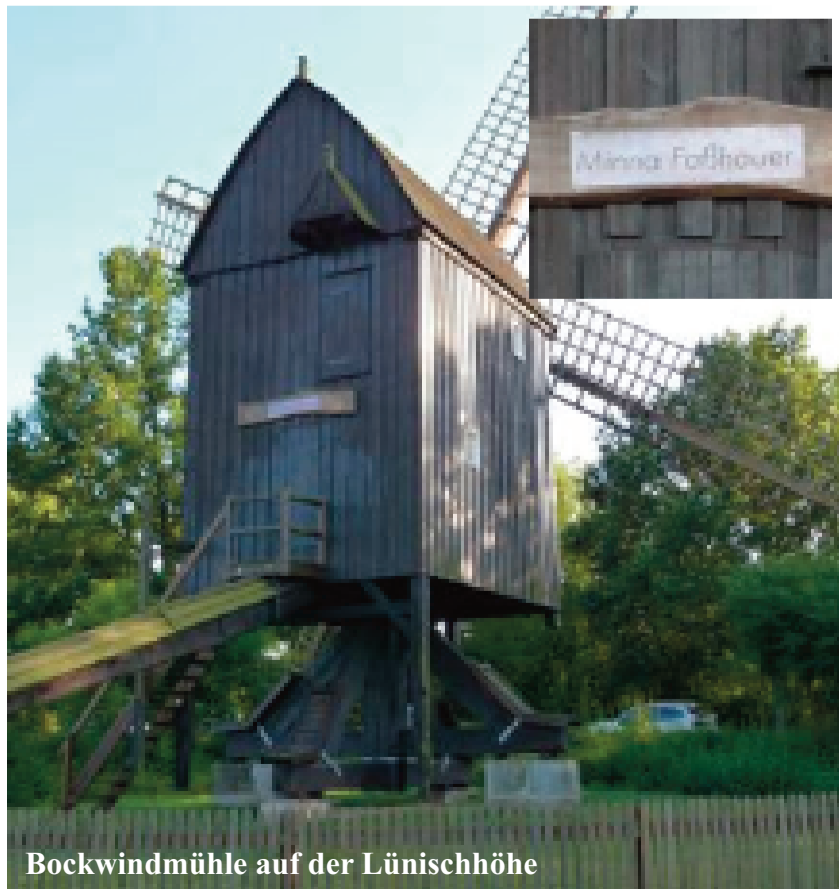
Victoria-Luise zur Minna gemacht

Während das „offizielle“ Braunschweig alles versucht, eine Würdigung von Minna Faßhauer zu verhindern, hat jemand der Bockwindmühle auf der Lünischhöhe einen passenderen Namen gegeben.

Hieß diese früher „Victoria-Luise“ ziert seit einigen Tagen ein neues Na-

menschild mit „Minna Faßhauer“ die Vorderseite. Der Name der Braunschweiger Waschfrau und Revolutionärin passt viel besser zum Symbol für friedliche Arbeit als der Name der letzten Braunschweiger Feudalherrin. Diese Initiative von „unten“ sollte allerdings nicht das letzte „Wort“ in der Sache Minna Faßhauer sein!

Ulrike Schmitz



Bockwindmühle auf der Lünischhöhe

1913 – kein Sommer des Jahrhunderts

Das Friedenszentrum plant als Ergänzung und Kontrapunkt zu den von der Stadt organisierten Veranstaltungen zum „Jubiläumsjahr 2013“ neben eigenen Angeboten auch eine Broschüre. Der Fokus liegt auf einer Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Herzogtum Braunschweigs in den letzten Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Als Hauptquelle der Untersuchung dienen der „Volksfreund“ sowie andere wichtige Braunschweiger Zeitungen der damaligen Zeit (Braunschweiger Landeszeitung, Vaterländische Volkszeitung, Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger, etc.) Zum Verständnis der damaligen Verhältnisse im Herzogtum Braunschweig wird die Broschüre mit einem Überblick beginnen, der die Geschichte der Häuser Hannover und Braunschweig 1837-1913 und die wechselhaften Beziehungen zwischen „Braunschweig“, „Hannover“ und „Preußen“ beleuchtet. Darüber hinaus

werden einige relevante nationale und internationale Ereignisse betrachtet, die eine Auswirkung auf die Zustände in Braunschweig im Jahre 1913 hatten, z.B. der Balkankrieg und die Zabern-Affäre. Ein Hauptteil der Broschüre befasst sich mit der Berichterstattung und den Stellungnahmen der Braunschweiger Zeitungen zu den Kriegsvorbereitungen und zum Wettrüsten. Es geht um die Kriegswirtschaft und Kriegshetze im Landkreis Braunschweig sowie die Antikriegsaktionen und Widerstandsbewegungen (Demonstrationen, Protestversammlungen). Des Weiteren beleuchtet die Broschüre in verschiedenen Abschnitten die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Braunschweig, die bisher im Rahmen der allgemeinen Feierlichkeiten zum Jubiläumsjahr 1913 kaum betrachtet wurden. Sie sind aber wichtig, um die realen Zustände aufzudecken, da man nur durch sie die weiteren Entwicklungen im Herzogtum in den folgenden Kriegsjahren verstehen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung liegt bei den Polizeiaktionen und beim Wahlsystem, dem Dreiklassenwahlrecht. Zum Schluss folgt eine umfassende Darstellung der sozialen Umstände im Herzogtum, wie die Wohn- und Lebensverhältnisse, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Bürgerrechte, Steuer- und Zollerhebungen, die Teuerung, die Stellung der Frau, und die Lebensbedingungen der Kinder. Die Broschüre möchte anhand der oben genannten Themenbereiche den Blick aus der „Braunschweiger Perspektive“ auf nationale und internationale Entwicklungen vermitteln und besonders deutlich machen, dass 1913 kein „Sommer des Jahrhunderts“, sondern ein Krisenjahr war. Ab Mitte September wird sie im Friedenszentrum für 5 € erhältlich sein.

Henriette Lavaulx-Vrécourt

Friedenszentrum

Termine: Vorträge von Dietrich Kuessner und Kollegen am 11., 18. und 25. Sept. in der Abt-Jerusalem-Akademie.

Veranstaltungen der BIAP

Braunschweiger Initiative für eine andere Politik: Gramsci-Tage vom 23.-26.10.2013, Gewerkschaftshaus

1.) Die Gramsci-Tage beginnen im Oktober mit einem „Polit Poetry“-Abend am 23.10.2013. 2.) Darauf folgt ein Vortragsabend zur aktuellen politischen Lage in Griechenland am 24.10.2013. 3.) Das Hauptseminar mit Vorträgen und Talkrunde zu dem Rahmenthema „Gute Arbeit und/oder gutes Leben“ findet am 25. und 26.10. statt. 4.) Den Abschluss bildet ein Kulturabend am 26.10. wiederum Griechenland gewidmet. Es tritt die Gruppe „QUIJOTE“ auf mit ins Deutsche übersetzte Theodorakis-Liedern.

Webseite der BIAP mit einem ausführlichen Programm: <http://wordpress.initiative-bs.de/>

Gramsci-Tage

Snowden Mahnwache: Bürger nicht wie Feinde behandeln

„Edward Snowden is a hero“ stand auf den Plakaten, welche von den TeilnehmerInnen der (fast) spontanen Aktion am Donnerstag nachmittag hochgehalten wurden. In Redebeiträgen wurden die Passanten über die durch Snowden aufgedeckten Schnüffelaktionen vieler Regierungen informiert.

Während die BürgerInnen von ihren Obrigkeiten ausgespioniert werden, verfolgt man die Kritiker. Letzteres kennen wir ja auch aus Braunschweig, wo gegen die Veröffentlichung der Privatisierungsverträge seinerzeit mit Repression im Rathaus vorgegangen wurde.

„Wir aber wollen keine gläsernen Bürger sein. Wir wollen nicht, dass George Orwells 1984 zur unumkehrbaren Wahrheit für uns alle wird.“

Edward Snowden ist ein Held, weil er sein Leben der Wahrheit und unser aller Recht auf Freiheit untergeordnet hat. Nicht nur das... Dieser Mensch wird nie wieder in sein altes Leben zurück können und es ist unsere Pflicht, ihm jetzt etwas zurückzugeben, indem

wir anfangen, mit ihm zu kämpfen. Denn es geht um nicht weniger, als die Demokratie, die hier auf dem Spiel steht.“

(Auszug aus der Rede von Anabel Schunke vom 25.7.2013)

Es geht um Herrschaftswissen, welches die OB'rigkeiten nicht so gerne preisgeben und dafür lieber den Unterdrückungs- und Verfolgungsapparat in Gang setzen.

Die US-Regierung beruft sich auf das Gesetz, welches Snowden gebrochen hat, im Rathaus Braunschweig beruft man sich auf Nichtöffentlichkeit aller entscheidenden Hintergrundinformationen wie jetzt wieder bzgl. des Verspekulierens von Kundengeldern bei bs-energy. Gesicht zeigen hieße, hier wie da, das System der Herrschaftsregeln, welches die Bürger durchleuchtet, aber die eigenen Machtstrukturen gern verschleiert, aufzubrechen.

Transparenz der Machtstrukturen anstatt durchleuchtete BürgerInnen Dinge wie Atomanlagen in Thune, Privatisierungsverträge oder Fracking-



Snowden-Mahnwache am 25.07.2013

Optionen in und um Braunschweig waren nicht-öffentlich, das sollte also niemand erfahren, obwohl es ja wohl lebenswichtig für die allgemeine Öffentlichkeit ist. Mit Strafanzeigen überzog die OB'rigkeit BIBS-Ratsleute wegen „Geheimnisverrat“, weil sie

einen Steuervermeidungstrick von VW zuungunsten der Stadt veröffentlicht hatten. Außerdem wurde ihnen angeblicher Diebstahl einer CD mit geheimgehaltenen Verträgen zur Abwasserprivatisierung vorgeworfen. Zur Einschüchterung wurden Verwaltungsan-

gestellte im Rathaus zur Abgabe eidesstattlicher Erklärungen genötigt, dass sie keine Infos an die BIBS herausgegeben hätten.

07.09.2013 Berlin

Freiheit statt Angst - Demonstration gegen den Überwachungs-wahn Vorratsdatenspeicherung, Prism, Tempora, Drohnen, Bestandsdatenauskunft, die elektronische Gesundheitskarte: Die Überwachung unseres Lebens wird immer lückenloser. Der Staat und die Wirtschaft rastern uns, werten uns aus und dringen immer mehr in unsere Privatsphäre ein. Dagegen soll demonstriert werden - am 7. September in Berlin. Die Demonstration „Freiheit statt Angst“ wird von einem breiten Bündnis aus vielen Organisationen, Verbänden und Parteien, sowie vielen Helfern und Einzelunterstützern getragen. Die Auftaktkundgebung beginnt um 13 Uhr am Potsdamer Platz. Mehr Informationen gibt es auf www.freiheitstattangst.de

Und täglich schikaniert die Obrigkeit

In der vergangenen Ausgabe dokumentierte „Unser-Braunschweig“ in Wort und Bild, wie schikanös Bedienstete des Braun-

schweiger Amtsgerichts mit der Aktivistin Hannah umgegangen sind.

Obwohl sie nur Zuschauerin eines

Prozesses war, wurde sie auf brutalste Weise aus dem Gericht „geräumt“.

Offenbar kein Einzelfall. MigrantInnen

Minderheiten und AktivistInnen berichteten uns nach der Veröffentlichung von ähnlichen Erfahrungen mit staatlichen Institutionen, frei

nach dem Motto: Und täglich schikaniert die Obrigkeit.

Lesen Sie hier drei weitere Erfahrungsberichte von Betroffenen.

Schwarzfahrer: Richterin macht kurzen Prozess

Gerade mal dreißig Minuten nahm sich eine Richterin am Amtsgericht Braunschweig am 18.4.2013 Zeit für einen Prozess gegen einen Mann, der sich wegen des Vorwurfs der Leistungerschleichung – also Schwarzfahrens – zu verantworten hatte.

Um stolze zwei Euro soll er die BVAG durch den Nichterwerb eines City-Tickets geschädigt haben. Dass sich ein Angeklagter dabei nicht einfach verurteilen lässt, sondern von seinem – gesetzlich garantierten – Recht Gebrauch macht, sich zu verteidigen, war in den Plänen der Richterin offenbar nicht vorgesehen, berichtete der Angeklagte gegenüber „Unser-Braunschweig“.

Dass er möglicherweise gar nicht im Sinne des Gesetzes schwarz fuhr,

weil er sich durch einen Anstecker mit dem Aufdruck „ich fahre schwarz“ als Mensch ohne Ticket gekennzeichnet hatte, interessierte die Richterin nicht. Der Angeklagte: „Dabei macht sich laut Strafgesetzbuch nur strafbar, wer in der Bahn kein Ticket hat UND sich dabei mit dem Anschein der Ordnungsmäßigkeit umgibt, wie es im Strafgesetzbuch heißt.“

Die Richterin habe sich jedenfalls nicht die Mühe gemacht, sich mit diesem Thema überhaupt zu befassen. Ebenfalls nicht akzeptiert wurde, dass der Angeklagte einen „Laienverteidiger“ mitbrachte – die Richterin setzte diesen kurzerhand vor die Tür. Das drakonische Urteil: 300 Euro Geldstrafe oder zwanzig Tage Haft.

Aktenzeichen am AG Braunschweig: 11 Cs 910 Js 34631/12

Prügel für Prozessbesucher?

In der letzten Ausgabe berichteten wir über fragwürdige Umgangsformen gegenüber Besuchern des Amtsgerichtes. Zum Thema erreichte uns folgende Zuschrift; Name und Adresse sind der Redaktion bekannt. Sie wollten nur als Besucher zum Prozess einer Freundin gehen, der „Schwarzfahren“ vorgeworfen wurde – doch es kam anders. Am Ende des Nachmittags fanden sie sich in den Zellen der Polizeiwache in der Friedrich-Voigtländer-Straße wieder mit Begründungen wie Widerstand und fahrlässige Körperverletzung.

Die drei AktivistInnen sagen: Wir hatten selbst unter der Gewalt durch Justizwachtmeister und Polizeibeamte zu leiden. Schon am Eingang des Gerichtsgebäudes seien sie von einer martialisch anmutenden Truppe mit intensiven Leibesvisitationen empfangen worden. Einer sei wegen Missbrauchs von Ausweispapieren festgehalten worden, einer sei einem Platzverweis nicht

schnell genug nachgekommen. Dem Dritten wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, für die Verletzung eines Justizwachtmeisters verantwortlich zu sein, die dieser sich zugezogen haben soll, während er ihn auf den Boden drückte.

Der Betroffene dazu: „Dies war nicht das erste Mal, dass ich körperliche Gewalt durch PolizistInnen und JustizwachtmeisterInnen erfahren habe. Die ungleiche Verteilung von Gütern (in diesem Fall Mobilität) kann nur mit Gewalt durchgesetzt werden.“

Wer sich Dinge holt, die sie oder er braucht, obwohl Gesetze es ihnen verbieten und dabei erwischt wird, wird bestraft.

Wer das nicht zulassen möchte riskiert, verprügelt und hinterher angeklagt zu werden. Recht hat in dieser Gesellschaft nur derjenige, der über den größten Gewaltapparat verfügt.“ Im Polizeigewahrsam, so der Aktivist, sei er weiterhin körperlich traktiert worden – mit Schmerzgriffen und durch Hochschleifen durch das Treppenhaus. Der Prozess gegen alle drei Beteiligten soll am 8. Oktober 2013 um 9.00 Uhr im Amtsgericht Braunschweig stattfinden.



Jerry B.: „Das Bundesamt tötet Menschen“

Jerry B. floh 2007 aus seinem afrikanischen Heimatland nach Deutschland.

Die folgenden Ausschnitte stammen aus einem ausführlichen Interview, das drei deutsche UnterstützerInnen im August 2013 mit Jerry B. geführt haben.

FRAGE: Jerry B., wie alt sind Sie, und wie lange sind Sie in Deutschland?

Jerry B.: Geboren bin ich 1986. Im Jahr 2007 musste ich meine Heimat verlassen und floh nach Deutschland. Zu Beginn dachte ich, ich hätte einen Ort der Demokratie und des Friedens gefunden. Doch nach einem halben Jahr änderte sich das.

Das war, als mein Antrag auf Asyl abgelehnt wurde. Die Leute in den Behörden begannen, Überlegungen anzustellen, wie sich mich zurück nach Hause schaffen könnten.



Jerry B. droht wie vielen anderen Asylsuchenden die baldige Abschiebung. Foto: AktivistInnen

Dabei hatte ich ihnen erklärt, wie viel ich verloren hatte und wovor ich geflohen war. Damals wusste ich nicht, wie sie spielen.

Diejenigen, die hier über mein Schicksal entscheiden, haben kein Mitgefühl und kein Verständnis für meine Lage.

den suchen sie sich vielleicht zehn heraus, den Rest lehnen sie ab – es ist völlig egal, was Du dagegen sagst. Selbst wenn Du ihnen sagst, dass Du fast gehenkt worden wärst. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge tötet Menschen.

FRAGE: Sie wohnen derzeit im Flüchtlingslager Wolfsburg-Fallersleben. Wie würden Sie die Unterbringung und die Versorgungssituation beschreiben?

Jerry B.: Um bei den Räumen anzufangen: Sie sind in einem schlechten Zustand, alles mögliche ist kaputt. Die meisten Zimmer sind nur für eine Person ausgelegt, aber sie stecken noch weitere Personen dazu. Manche leben zu viert in einem Zimmer von vielleicht 25 Quadratmetern, das auch noch zugleich ihre Küche ist. Dazu kommt, dass sie unter Umständen nicht einmal eine gemeinsame Sprache spre-

chen oder dieselbe Religion praktizieren. Das führt zu Konflikten. Aber die Behörden wissen schon, was sie tun: Sie wollen ja nicht, dass wir uns dort entspannen. Und dann gibt es nur zwei Ärzte für das Lager. Wenn Du krank bist, musst Du Monate auf einen Termin warten. Deine Beschwerden sind egal. Sie geben Dir ja doch nur Paracetamol.

FRAGE: Du und andere Geflüchtete organisieren sich gegen diese Zustände.

Jerry B.: Ja, aber es ist ein langer Kampf. Es muss kontinuierlich protestiert werden, so dass sich öffentlicher Druck aufbaut. Wir benötigen viele Arten von Unterstützung – finanziell, in der Öffentlichkeitsarbeit, im Behördenkontakt. Manchmal wird auch einfach nur Kleidung benötigt. **Kontakt:** kampagnenbuero-bs@riseup.net.

Lügt die Stadt beim Hortentunnel?

Zahlen aus BIBS-Akteneinsicht machen Baudezernenten erstaunlich wortkarg

In gehörige Erklärungsnot geriet die Verwaltung während der Sitzung des Bauausschusses am 13.08.2013, als es um den BIBS-Antrag „Instandsetzung der Rolltreppen zur Magnitiefgarage/Hortentunnel“ ging.

Die BIBS-Fraktion hatte mit ihrem Antrag eine Reparatursumme öffentlich gemacht, die die Verwaltung intern selber errechnet hatte, aber den Ratsmitgliedern nie mitgeteilt und bis zum jüngsten Tag verheimlicht hatte. Die seitens der Verwaltung verheimlichte dritte Summe für die Maßnahme liest sich wie folgt: Lediglich 137.500 Euro würde die Sanierung für alle vier Rolltreppen insgesamt kosten, das geht aus einem verwaltungsinternen Schreiben vom 23. Januar 2013 hervor. Die Verwaltung hatte bis dato



Stillstand am Hortentunnel.

immer nur zwei andere Zahlen veröffentlicht: Stolze 1,7 Millionen für eine Kompletterneuerung und / oder einen

Abriss für 310.000 Euro. Wollte die Verwaltung die Information über die dritte, günstigste und nahelie-

gendste Variante, die Reparatur der Tunnel-Rolltreppen, lieber geheim halten? BIBS-Ratsherr Henning Jenzen im Bauausschuss zu Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer: „Warum ist die Summe den Gremien nicht zur Verfügung gestellt worden?“ Ausschussmitglied Manfred Pesditschek (SPD) betonte, er sei der BIBS-Fraktion für die Unterlagen/Kopien aus der Akteneinsicht „ausdrücklich dankbar“ und erklärte mit bitterernstem Gesicht in Richtung Verwaltung: „Ich bin selten über eine Information so verärgert gewesen“.

Ein Hauptverwaltungsbeamter dürfe solche Fakten nicht zurückhalten. Sein Vertrauen gegenüber der Verwaltung sei erschüttert. Die SPD werde daher in der Haushaltslesung einem Rückbau der Rolltreppen für 310.000 Euro ganz sicher nicht zustimmen.

Selbst Bezirksratsmitglied Heiner Höltje (CDU) beantragte im Bezirksrat Mitte: „Ein Rückbau einer solchen Anlage im Stadtzentrum ist nicht zu vertreten. Der Bezirksrat fordert ein sofortiges Reagieren der Verwaltung und des Rates aufgrund der absolut falschen Zahlen ...“

Die Verwaltung hat durch unrichtige Informationen die Ratsgremien täuschen wollen um eigene, für uns nicht verständliche Ziele durchzusetzen.“

Die Verheimlichung der preiswerten und bürgernahen Reparatur-Variante könnte natürlich ihre Gründe haben. Passantenströme durch den Hortentunnel tangieren die Einkaufswege zum Kauf-„Schloss“ nicht, sondern stärken die alte Einkaufs-Achse Magniviertel-Damm.

Und so was verärgert die Herren von ECE. *kno*

Die CDU will kein neues FBZ

Die Hoffmann-Verwaltung spielt auf Zeit und setzt nur halbherzig den Auftrag des Rats ein Konzept vorzulegen um. Am 9. 8. ist im Kultur- und Wissenschaftsausschuss als Mitteilung ein 5-seitiger Sachstandsbericht vorgelegt worden. Wesentlich ist in dieser Mitteilung, dass die Verwaltung erst in der letzten Ratssitzung am 17. 12. 2013 ein Rahmenkonzept vorlegen will. Das bedeutet, dass die großen Parteien im Rat keine Gelder mehr für den Haushalt 2014 einstellen werden. Die Begründung lautet, die Fülle der Auswertung würde so lange dauern. Da viele Kulturschaffende die Auswertung des moderierten Treffens kennen (ca. 60 Seiten), fragt man sich, welche Erkenntnisse noch kommen sollen. Die Verwaltung setzt den Willen von Dr. Hoffmann um, der öffentlich verkündet hat, dass man sich ein neues FBZ nicht leisten kann. Auf S. 4 Frau Dr. Hesses Mitteilungen an den Ausschuss hört sich das so an: „Sofern, wie aus den Konsultationen hervorgeht, alle nunmehr definierten Bedarfe über die Errichtung dieses soziokulturellen

Zentrums umgesetzt werden sollen, hat die Verwaltung Sorge, dass dies die finanziellen Möglichkeiten der Stadt sprengt.“ Mit anderen Worten bedeutet dies, die Verwaltung sieht nur die Notwendigkeit für eine verkleinerte 2. VW-Halle. Genau wegen dieser Einseitigkeit sind 4 Initiativen des Kulturbereichs aus dem moderierten Treffen ausgetreten. Der Bedarf an ein soziokulturelles Zentrum wird so hintertrieben.

Damit hätte die Hoffmann-Verwaltung erreicht, dass sie ja keine Schulden aufzunehmen braucht und Herr Dr. Hoffmann ab danken und sich als zukünftiger Ehrenbürger der Stadt wählen lassen kann. Ich persönlich werde das Gefühl nicht los, dass das Ganze mit der SPD abgesprochen wurde. Also läuft alles auf die neuen OB-Wahlen im Jahr 2014 hinaus und die Kulturschaffenden und Kulturinteressierten tun gut daran bis dahin klar zu äußern, dass sie nur einen OB wählen würden, der sich klar für ein soziokulturelles Zentrum einsetzt.

Bernd Müller

BIBS sorgt für mehr Transparenz



Im April hatte die BIBS-Fraktion vor dem Verwaltungsgericht den Prozess wegen verweigerter Akteneinsichten gewonnen. Das Gericht stellte klar: Akteneinsichten müssen ohne Begründung gewährt werden. Dabei hatte OB Hoffmann versucht, vom Kontrollierten zum Kontrolleur zu werden, also den Bock zum Gärtner zu machen. Dieses landesweit bedeutsame Urteil ist mittlerweile schon in die Rechtskommentare eingeflossen. Jetzt hat die BIBS einen weiteren Erfolg in Sachen Transparenz errungen: Vielen Beschlussvorlagen der Verwaltung - seien es Bebauungs- oder Flächennutzungspläne - liegen erläuternde Unterlagen in Form von Gutachten, Datenerhebungen und Berechnungen zu Grunde, die aber den Vorlagen nicht beigelegt waren, sondern nur zusam-

mengefasst dargestellt wurden (z. B. als Umweltbericht o. ä.). Entscheidende Detailinformationen gingen bei solch gerafften Darstellungen oftmals verloren.

Beispielsweise fehlten den bei den Planvorlagen zum sog. „BraWo-Park“ (Einkaufs- und Büropark auf dem ehem. Postgelände am Bahnhof):

- Verkehrsgutachten WVI,
- Naturschutzfachlicher Beitrag Ökotox 1013,
- Artenschutzrechtliche Prüfung 2013,
- Stadtklimaanalyse 2011,
- Umwelttechnische Untersuchung 2011,
- Luftreinhalte- u. Aktionsplan BS 2009,
- Regionales Raumordnungsprogramm 2008,
- Schalltechnische Untersuchung AW 107 "Berliner Platz-Nordost,
- Orientierende Bodenuntersuchung der DEKRA 2003,
- Landschaftsrahmenplan 1999,
- Boden- u. Altlastenuntersuchung Postfil. Berliner Platz 1998.

Die Ratsleute beschließen damit oft Dinge, ohne über bestimmte Aspekte detailliert informiert zu sein. Sehr oft wurden die Beschlussvorlagen so kurz-

fristig vorgelegt, dass die Zeit bis zur Sitzung zu kurz war.

Die BIBS hatte daher beantragt, dass die Vorlagen inklusive der für die Beschlüsse grundlegenden Unterlagen (also Gutachten, Verträge, Vergabeverfahren etc.) mindestens 12 Tage vor einer beschlussfassenden Sitzung den Gremienmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Das hat nach längerem Zögern (manche legen auf detaillierte Informationen gar keinen Wert) der Rat der Stadt am 24.5. beschlossen.

Nach Ansicht der Verwaltung sollen die Unterlagen aber nur den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden. Die BIBS wird sich dafür einsetzen, dass die Unterlagen aber auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das würde die Rathausarbeit viel transparenter machen und würde Möglichkeiten von „Mauscheleien“ erheblich einschränken.

Durch Einbeziehen vieler Bürger in den Informationsfluss erschlosse sich die Stadt ein Riesenreservoir an Fachkompetenz. Neue Aspekte könnten in die Planungen einfließen, die den Fraktionen ohne das Bürger-Wissen gar nicht bekannt geworden wären.

Wolfgang Büchs

Die Kanzlerfelder lieben ihren alten Supermarkt

Die Bürgerinitiative „Stadtteil Mittelpunkt Kanzlerfeld“ bemüht sich seit 2012 um die Erhaltung des bestehenden Einkaufszentrums als Mittelpunkt des Kanzlerfeldes.

Der jetzige Nahversorger Görge plant auf der gegenüberliegenden Seite der Bundesallee den Neubau eines großen Supermarktes als Vollversorger. Das würde eine Vielzahl von negativen Auswirkungen für die Kanzlerfelder bedeuten, befürchtet die BI.

Das bestehende Einkaufszentrum wäre in seinem Bestand durch das Abziehen des Lebensmittelmarktes gefährdet, denn der Kundenstrom würde an den kleinen verbleibenden Geschäften vorbeigehen. Die Wege der meisten Kunden würden länger, umständlicher und gefährlicher, da sie die Bundesallee überqueren müssten. Der veränderte Verkehrsfluss hätte zur Folge, dass der Durchgangsverkehr empfindlich gestört würde.

Die BI befürchtet, dass sich das Verkehrsaufkommen beträchtlich vergrößern würde, weil der neue Markt auch

Kunden aus anderen Ortsteilen anzieht. Einhergehend würde die Lärmbelastung stark zunehmen.

Der neue Supermarkt zieht den Verlust einer parkähnlichen Grünanlage mit den bekannten Folgen nach sich: Versiegelung des Bodens und Veränderungen des Mikroklimas, Verlust eines wirksamen Lärmschutzes durch das Fällen alter Bäume, Verlust des parkähnlichen Charakters des „Einfallstors Bundesallee“.

Die BI: „Der geplante Neubau wäre in einem reinen Wohngebiet ein unpassender Fremdkörper, der sich weder in Höhe, Ausdehnung noch in architektonischer Gestaltung in das Umfeld einfügt“.

Insgesamt würde das Bauvorhaben eine erhebliche Minderung des Wohnwertes im Kanzlerfeld mit sich bringen. Schon 1238 Bürger des Kanzlerfeldes haben per Unterschrift das Anliegen der BI unterstützt. Dank der BIBS im Rat wurde das Bauprojekt an den Planungsausschuss zurückverwiesen. Nun hofft die BI auf einer Entscheidung in ihrem Sinne. *red*



Das alte Einkaufszentrum im Kanzlerfeld. Anwohner wehren sich gegen einen Neubau an anderer Stelle.

Foto: Klaus Knodt



Kufa Kultur für Alle

Braunschweig. Engagiert für ein neues Kulturzentrum

KufA e.V., Kultur für Alle Braunschweig, wurde im Wonnemonat Mai von kreativen und engagierten Braunschweiger Köpfen gegründet, die alle schon seit Jahren in diversen kulturellen Strömungen aktiv sind. Die jetzigen Mitglieder der KufA e.V. engagierten sich teilweise seit mehreren Monaten als geladene Berater des Kulturinstituts, zur Wiederaufnahme eines soziokulturellen Zentrums in Braunschweig. Nun nehmen sie es in

ihre eigenen Hände. Der Verein macht sich stark für Räume in denen unabhängige Kultur jenseits des „mainstreams“ in seiner Vielfalt stattfinden kann, in möglichst zentraler Lage, generationsübergreifend und ergänzend zu bestehenden ähnlich ausgerichteten Einrichtungen.

In nächster Zeit wird der Verein mit eigenen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten und darüber hinaus an verschiedenen kulturellen Ereignissen

teilnehmen. Unsere Website ist in Arbeit, ein Infoflyer mit den Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartner und Mitgliedsformular erscheint in Kürze. Wir freuen uns die Braunschweiger Kulturlandschaft über die Grenzen hinaus zu beleben und über jede Menge Unterstützung.

(Markus Wiener, 1. Vorsitzender)

KufA auf Facebook:

<https://www.facebook.com/kufabs>

KufA im Internet: www.kufa.ev.de

Gastbeitrag aus www.braunschweig-spiegel.de:

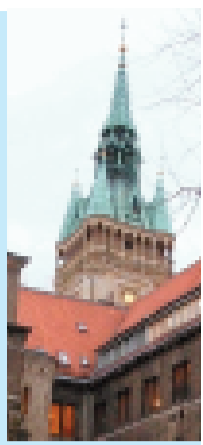
Wegen Unfähigkeit: Bundestagskandidat Müller (CDU) soll keine Sitzung mehr leiten

Von Uwe Meyer

Der Braunschweig-Spiegel berichtete am 3.7.2013, dass das Ratsmitglied und der Bundestagskandidat der CDU in Braunschweig Carsten Müller von der Rolle und völlig überfordert war. Es zeigte sich, dass er anscheinend unfähig ist einen Finanzausschuss stellvertretend für den ordnungsgemäßen Vorsitzenden Manfred Pesditschek (SPD) zu leiten und warf zudem auch noch das Ratsmit-

glied Peter Rosenbaum aus der Sitzung des Finanzausschusses.

Natürlich hat das rüpelig, unwürdige Verhalten des CDU-Bundestagskandidaten (Herr) Müller ein Nachspiel... weil das Protokoll falsch ist und Herr Pesditschek in der letzten Finanzausschusssitzung ankündigte, dass er zukünftig dafür sorgen werde, dass CDU-Müller keine Sitzung mehr leite.



Braunschweiger Haushalts-Wunder war „Milchmädchenrechnung“

Auf „Schnee von gestern“ und „Milchmädchenrechnung“ versuchte sich Hoffmanns Finanzdezernent Stegemann in der Ratssitzung am 30. Mai 2013 herauszureden.

Um sage und schreibe 345 Millionen € zu Ungunsten der Stadt haben sich KPMG und Finanzdezernat verrechnet.

Bei der Auswertung des 20-Tausend-€ teuren KPMG-Gutachtens war man wohl in die falsche Tabellen-Zeile gerutscht und hatte die Schulden im Falle der Nicht-Privatisierung aus Versehen doppelt bewertet.

Als Gastbeitrag drucken wir hier die Untersuchung von Matthias Witte ab.

Doppelt verbucht hält besser

Die Beratergesellschaft KPMG, der Braunschweig jahrelang ihre Privatisierungen anvertraut hat, hat eine Methode erdacht, mit der sich der Verkaufswert von Unternehmen rechnerisch halbieren lässt, und wendet sie auch an. Doch das scheint kaum jemanden zu stören.

„Unter der Annahme, dass die jährlichen Defizite der Stadt nach der Privatisierung grundsätzlich durch Neuverschuldung gedeckt werden, wird gemäß Datenbasis des KPMG-Gutachtens von 2010 der Schuldenstand der Stadt aufgrund der Teilprivatisierung der Stadtwerke in hundert Jahren doppelt so hoch sein, wie er im Falle der Nichtprivatisierung gewesen wäre“, sagte sinngemäß Stadtrat Stegemann in der Ratssitzung vom 30. Mai 2013.

Notgedrungen, als ihm die geschickten Fragen des Piraten-Ratsherrn Schicke-Uffmann keine Ausweichmöglichkeit mehr boten. Eine politische Sensation, sollte man meinen. Sagt doch damit Stegemann für die Verwaltung, dass gemäß der Ausgangswerte des KPMG-Gutachtens durch die Privatisierungspolitik die Schulden nicht, wie versprochen, langfristig vermindert sondern verdoppelt werden.

Das Zugeständnis einer wirtschaftlichen Katastrophopolitik konnte er nur vermeiden, indem er flugs den Datensatz des 2010 veröffentlichten KPMG-Gutachtens für überholt erklärte. Alles



sei inzwischen anders, als das hochgeschätzte und 20.000,00 Euro teure Gutachten noch vor kurzer Zeit nahm.

KPMG selbst wollte mit derselben Datenbasis nämlich beweisen, dass die von ihr ausgetüftelte Teilprivatisierung der Stadtwerke im Jahr 2002 die Finanzlage der Stadt nachhaltig verbessert hätte. Auf dieses so ganz andere Ergebnis kam sie allerdings mittels einer Methode, die – wie Stegemann auf Nachfrage von Schicke-Uffmann zugeben musste – den Finanzexperten der Stadt ebenso wie der Fachliteratur gänzlich unbekannt ist.

Aber der Rat war sichtlich desinteressiert, außer einem auf die Debatte glänzend vorbereiteten Rosenbaum von der BIBS gab es nur einen launigen Kommentar der Grünen.

Wer etwas hätte wissen wollen, hätte ohnehin längst wissen können, und einige wissen längst, was es mit dem Gutachten und dem angeblichen Privatisierungserfolg auf sich hat, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Pesditschek.

Die Rohdaten im Kleingedruckten, auf denen das Gutachten fußt, zeigen, dass die Privatisierung in keinem einzigen relevanten Jahr den von KPMG behaupteten Pffativisierungsvorteil von 12 Mio. Euro jährlich bringt. Im Gegenteil wirkt sich die Privatisierung gemäß den Rohdaten in den meisten Jahren deutlich nachteilig für die Stadt aus.

Simpler Buchungstrick KPMG kommt zu seinem den Rohdaten widersprechenden Ergebnis

mit einem an sich simplen Trick: geschickt verschleiert berechnen sie die Kosten für die Schulden der Stadt doppelt. Einmal berechnet KPMG die Kosten für die sofortige Tilgung der Schulden, darauf addiert KPMG die Kosten für die Zinsen, die die Stadt hätte, wenn sie nie tilgt.

Da die Privatisierungseinnahmen gemäß KPMG-Annahme weitgehend zum Schuldenabbau verwendet werden, schlagen diese sich doppelt im Gutachten nieder. Bereinigt man die KPMG-Rechnung um diesen Fehler, ergibt sich ein Privatisierungsnachteil von 4 Mio. Euro pro Jahr oder – beim von KPMG angenommenen 5 Prozent Durchschnittszinssatz – 80 Mio. Euro Barwert. Nach üblicher betriebswirtschaftlicher Methode ergibt sich aus den Rohdaten des Gutachtens sogar ein Privatisierungsverlust von 5 Mio. Euro pro Jahr oder 100 Mio. Euro Barwert, da im Gutachten noch eine weitere Doppeltverbuchung zu finden ist, die sich ebenfalls zugunsten der Privatisierung auswirkt.

Das Privatisierungsdesaster

Das so entschlüsselte KPMG-Gutachten ist wie kaum etwas anderes als Beweis dafür geeignet, dass Hoffmanns Privatisierungspolitik gescheitert ist. Denn KPMG ist kein neutraler Gutachter, sondern beurteilt hier die eigene Beratungsleistung.

Dementsprechend hat KPMG bei den Eingangsdaten dieses Gutachten die Stellschrauben überall zugunsten der

Privatisierung gedreht: So geht z. B. KPMG davon aus, dass BS-Energy unter städtischer Regie weitaus weniger ertragreich sein würde als unter der Leitung von Veolia. Durch diese Annahme wird der im Privatisierungsfall der Stadt verbliebene 25-Prozent-Anteil von BS-Energy viel höher bewertet als ein 25-Prozent-Anteil von BS-Energy im Nicht-Privatisierungsfall.

So geht KPMG auch in den Jahren, in denen sie eine inflationsbereinigte Betrachtung anstellt, von einem Durchschnittszinssatz von 5 Prozent aus. Aber inflationsbereinigt gab es in Deutschland nur in seltenen Ausnahmefällen einen so hohen Zinssatz. Umso höher der Zinssatz, um so ertragreicher das eingenommene Geld. Bei der Privatisierung werden Sachwerte gegen Geld eingetauscht. Allein ein solches Drehen an der Zinschraube reicht in der Regel, um ein Gutachten in die gewünschte Richtung zu lenken. Nur wenn ein Privatisierungsergebnis dramatisch schlecht ist, muss man mit Doppeltverrechnungen in die Trickkiste der Bilanzfälscher greifen, wie es KPMG im Gutachten tut.

Das Gutachten von KPMG, das Hoffmann so stolz präsentierte, beweist das Gegenteil von dem, was es beweisen sollte: das Desaster der Privatisierungspolitik.

Matthias Witte Eine ausführliche Darstellung des Themas ist in der aktuellen „Umweltzeitung“. Siehe auch die Artikel dazu in www.braunschweig-spiegel.de.

Wussten Sie schon...

...dass der Oberbürgermeister keine BIBS-Vorlagen liest?

Bereits in einer Sprechstunde im Oktober 2007 hatte Oberbürgermeister Dr. Hoffmann einem Bürger geantwortet, dass er BIBS-Flugblätter grundsätzlich nicht lese.

In der Ratssitzung vom 30.05.2013 gab er bekannt, er lese auch keine BIBS-Vorlagen zum Rat.

...dass die NPD in Niedersachsen immer noch mit „Kamerad Hoffmann“ wirbt?

Wer mal sehen wolle, was passiert, wenn die NPD regiert, wer dieses Gefühl erleben wolle, der gehe einfach mal nach Braunschweig. Dort führe Kamerad Hoffmann das Zepter und Sorge für Ordnung und Sauberkeit. Das habe sich der jetzige Oberbürgermeister Braunschweigs nämlich als ehemaliges führendes NPD-Mitglied schon damals auf die Fahnen geschrieben.

...dass Magdeburg 1 Spaßbad, 4 Hallenbäder, 3 Freibäder und 2 Naturbäder hat? Braunschweig hält sich mit geplanten 1 Spaßbad, 2 Hallenbäder und 3 Freibäder für übertersorgt.

...dass Karlsruhe 11 Schwimmbäder hat, von denen allein die drei größten ca. 7000 m² Wasserfläche haben? Braunschweig hält sich mit geplanten 5 Schwimmbädern und insgesamt ca. 7000 m² Wasserfläche für übertersorgt.

...dass Schwimmkurse für Kinder in Braunschweig Mangelware sind? Eltern stehen vergeblich Schlange. (BZ vom 28. August 2013)



Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.

Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landessparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.

Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!